

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.11 - 60. Jahrgang

5. Juni 2010

6. Juni: Mit dem Fahrrad zum Umweltfest

Am Sonntag, dem 6. Juni 2010 findet die 34. Fahrradsternfahrt in Berlin statt. Gemeinsames Ziel ist das Umweltfest am Brandenburger Tor. Diese Demonstration per Fahrrad will ein Zeichen setzen für die Belange der Fahrradfahrenden und soll das Fahrrad als Verkehrsmittel stärken. Mit dabei ist die Berliner SPD.

Für die Sternfahrt werden die Avus, Teile der A 100 und viele wichtige Straßen in Berlin gesperrt und für das Fahrrad freigegeben. Zahlreiche Fahrradtouren mit Startpunkten in allen Himmelsrichtungen Berlins führen dann zum Haupttreffpunkt, dem Umweltfestival, am Brandenburger Tor. Treffpunkt für SPD-Mitglieder ist der U-Bahnhof Grenzalle (U7) in Neukölln um 12.20 Uhr am Ausgang des U-Bahnhofs Richtung Buschkrugallee. Dort werden für die Mitfahrenden T-Shirts ausgegeben. Um 12.40 Uhr ist Abfahrt. Eine Stunde später wird dann das Umweltfestival erreicht.

Die Reinickendorfer SPD bietet im Norden Berlins einen weiteren Treffpunkt an: Hier treffen sich die Radlerinnen und Radler am Sonntag, 6. Juni 2010, um 10.00 Uhr im Kreisbüro. Auch dort werden, solange der Vorrat reicht, mit T-Shirts und weitere Give-Aways ausgegeben. Gemeinsam geht es dann auf der Route „Frohnau“ der Sternfahrt in Richtung Buddestraße. Die Sternfahrt endet gegen 14 Uhr beim traditionellen Umweltfestival am Brandenburger Tor.

Auch hier ist die SPD mit einem Stand (Nr. 158) vertreten. Er befindet sich in der Nähe der Bühne 2, schräg gegenüber einer Hüpfburg. Thema des Stands ist Gentechnik, passend dazu werden unter anderem einige betroffene Imker mit Bienenkästen vor Ort sein und der Fachausschuss Umwelt lädt ins Solarcafé ein – bereits ab 11 Uhr morgens.

BS □

Bundespolitik:

Schwarz-gelbe Dauerkrise

Rücktritte - Streit - Kürzungen - Soziale Schieflage

Erst legte der anhaltende Koalitionsstreit Schwarz-gelb lahm, jetzt folgte eine Woche der Rücktritte. Nur in einem scheint die Richtung der Bundesregierung inzwischen klar: Statt der versprochenen Entlastungen geht es nun um Steuererhöhungen, eine teure Kopfpauschale und Kürzungen bei Sozialleistungen.

„Bei der Kopfpauschale sind die gut verdienenden Privatversicherten fein raus, zahlen müssen die Geringverdiener und Rentner. Deshalb ist die Bürgerversicherung das gerechtere Modell“, kritisierte die stellvertretende SPD-Vorsitzende Manuela Schwesig die neuesten Vorschläge von Bundesgesundheitsminister Rösler. Sozial Schwächere sind auch bei anderen Maßnahmen im Visier. Die Familienministerin will bei den Familien sparen und stellt bereits das Elterngeld zur Disposition. Für weitere Kürzungen empfiehlt die CDU das Arbeitsressort von Ursula von der Leyen. Einschnitte drohen bei den Leistungen für die Unterkunft von Hartz-IV-Empfängern. Nachgedacht wird in der CDU auch über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer durch



Notruf aus dem Schloss Bellevue: Für die Nachfolge von Horst Köhler wird am 30. Juni eine Bundesversammlung anberaumt. Foto: Horb

weitgehende Abschaffung des ermäßigten Steuersatzes. Auf dem „Bildungsgipfel“ von Bundeskanzlerin und Ministerpräsidenten soll auf Druck der CDU-Ministerpräsidenten offenbar auch das Ziel, 10 Prozent des Bruttosozialproduktes in Bildung und Forschung zu investieren, weit in die Zukunft verschoben werden. Noch vor der Sommerpause will Schwarz-Gelb die Laufzeiten für Atomkraftwerke bis zu 28 Jahre verlängern - dagegen macht jetzt ein breites Bündnis mobil.

BS □

➔ siehe auch Seite 2 und 10

„Für Planungssicherheit sorgen“

Gaebler: SPD-Fraktion will zügige Inbetriebnahme von BBI

„Die Flughafengesellschaft muss jetzt schnell Klarheit schaffen, ob die u.a. durch die Insolvenz eines Bauunternehmens entstandenen Verzögerungen im Bauablauf den Inbetriebnahmetermin ernsthaft in Frage stellen“, fordert der Parlamentarische Geschäftsführer und verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Christian Gaebler.

„Wichtig ist es, Planungssicherheit für Fluggesellschaften und Passagiere sowie für Investoren im Flughafenumfeld zu schaffen“, so Gaebler. Deshalb müsse gegebenenfalls eine seriöse Neuplanung der Terminketten erfolgen, die, so Gaebler,

„auch alle anderen Anforderungen berücksichtigt, aber dennoch eine zügige Inbetriebnahme ermöglicht. Ziel der SPD-Fraktion ist es, den neuen Flughafen möglichst schnell in Betrieb gehen zu lassen, um die wirtschaftlichen und verkehrlichen Vorteile für die Region wirksam werden zu lassen“, erklärte Gaebler. Die Flughafengesellschaft tagt am 25. Juni.

BS □

IN DIESER AUSGABE:

THIERSE UNTERWEGS	S. 5
WIRTSCHAFTSKOMPETENZ STÄRKEN	S. 8
HUBER UND DER KURSWECHSEL	S. 12
ERICH PÄTZOLD WIRD 80	S. 13

Atompolitik:

„Energiewende fortsetzen“

Bündnis aus Verbänden und Wirtschaft demonstrierte

Mit einer als „Pressekonferenz“ inszenierten Demonstration haben am Montag Spitzenvertreter aus Umweltorganisationen, Parteien, ökologisch orientierten Verbänden und Unternehmen in Berlin vor dem Brandenburger Tor gegen die Atompolitik der Bundesregierung und für eine entschlossene Fortsetzung der Energiewende in Deutschland demonstriert.

Die binnen weniger Tage mobilisierte gesellschaftliche Vielfalt der Teilnehmer deutete auf eine „zunehmende Selbstisolierung der Bundesregierung in der Frage der Atomenergie“ hin, erklärten die Initiatoren. Unmittelbarer Auslöser des Protests war die nach der verlorenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen bekannt gewordene Absicht von Union und FDP, den Weiterbetrieb sicherheitstechnisch veralteter Atomkraftwerke sehr kurzfristig und ohne das seit der Bundestagswahl angekündigte nationale Energiekonzept zu beschließen. Damit entlarve sich die Energiepolitik der Regierung endgültig als „reine Lobbyveranstaltung zugunsten der dominierenden Energieversorger in Deutschland“.

An der „demonstrativen Pressekonferenz“ vor dem Brandenburger Tor beteiligten sich neben Spitzenvertretern des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), von Greenpeace, der Deutschen Umwelthilfe (DUH), des Naturschutzbund Deutschland (NABU), von Germanwatch und der Klima-Allianz auch der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel und der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Jürgen Trittin. Für die Energiewende-Wirtschaft nahmen die Spitzen des Bundesverbandes Erneuerbare Energien (BEE), des Bundesverbandes Kraft-Wärme-Kopplung (B.KWK), des Bundesverbandes Geothermie (GtV) und Manager des Projektentwicklers für Erneuerbare-Energien-Anlagen, juwi, der deutschen Marktführer von Windkraft- und Photovoltaikanlagen, Enercon und Solarworld, sowie die Ökostromhändler Lichtblick, Elektrizitätswerke Schönau (EWS) und Greenpeace Energy teil.

Der Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH), Rainer Baake, warf der Bundesregierung vor, die Öffentlichkeit seit ihrer Wahl im Herbst 2009 mit der Behauptung, sie wolle Atomkraft nur noch als „Brückentechnologie“ in das regenerative Zeitalter nutzen, systematisch hinters Licht geführt zu haben. Es sei „geradezu absurd, nun zuerst die zeitliche Streckung einer Hochrisikotechnologie des 20. Jahrhunderts bis zur Mitte des 21. Jahr-



Demonstration in Berlin: Hände weg vom Atomausstieg. Foto: Horb

hunderts zu beschließen, um anschließend darüber nachzudenken, welche Rolle die Zukunftsentwürfe in diesem Konzept spielen könnten.“ Es gebe keine sicheren Atomkraftwerke, erklärte Baake, schon gar nicht, wenn sie älter und älter werden. „Angela Merkel muss wissen, jeder Atomunfall, der in diesem Land in Zukunft passiert, ist ein Unfall der Kanzlerin.“

Der Vorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Hubert Weiger, sprach sich gegen jede Laufzeitverlängerung aus und forderte eine Beschleunigung des Atomausstiegs. Der Ruf nach längeren Laufzeiten für Atomkraftwerke stoße in weiten Teilen der Bevölkerung auf Widerstand. „Wir fordern die Bundesregierung auf, die kurzfristigen Gewinninteressen von Stromkonzernen nicht zur Grundlage ihrer Politik zu machen. Wenn Merkel und Röttgen den Schutz von Bevölkerung und Umwelt vor den Strahlenrisiken ernst nehmen, dann stehen nicht Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke auf der Tagesordnung, sondern Laufzeitverkürzungen.“ Der BUND-Vorsitzende kündigte an, den Protest gegen eine rückwärtsgewandte Energiepolitik erneut auf die Straße tragen zu wollen. Eine Großdemonstration gegen die Atomkraft in Süddeutschland im Herbst sei bereits in Vorbereitung. Auch im November, anlässlich des angekündigten nächsten Castor-Transports nach Gorleben, werde es überregional unterstützte Proteste geben.

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel versicherte, seine Partei werde den Atomausstieg auch in Zukunft entschieden verteidigen und dabei weiterhin mit Bündnispartnern zusammenarbeiten. Der Ausstieg sei die Voraussetzung für die energiewirtschaftliche Zukunftsfähigkeit Deutschlands. „Diese Bundesregierung ist ein Sicherheitsrisiko. Längere Laufzeiten von alten Pannereaktoren sind nicht zu verantworten“, sagte Gabriel. **PM** □

„Gemeinsam die Wahlen gewinnen“

Mit einem starken Landesvorstand mit Michael Müller an der Spitze will die SPD im kommenden Jahr Wahlen gewinnen. In diesem Ziel sind sich die drei innerparteilichen Gruppen „Aufbruch“, „Berliner Linke“ und Berliner Mitte einig. Die Diskussionen über den am 26. Juni zu wählenden Vorstand, die in dieser Woche über die Medien ausgetragen wurden, sollen deshalb versachlicht und vor allem nur noch parteiintern geführt werden.

„Wir wollen, dass die SPD die stärkste politische Kraft in Berlin bleibt und Heimat aller wesentlichen Milieus Berlins ist. Daher geht es nicht darum, die Rolle der innerparteilichen Opposition einzunehmen“, stellte der „Aufbruch Berlin“ am Mittwoch klar. Für den Geschäftsführenden SPD-Landesvorstand (GLV) hat der „Aufbruch Berlin“, derzeit mit Christian Hanke als Stellvertreter dort präsent, bislang keine Kandidaturen angemeldet, nachdem der Wunsch nach einer/m zweiten Vertreter/in keine Mehrheit fand. Nun strebt der „Aufbruch“ an, dafür im erweiterten Landesvorstand stärker vertreten zu sein.

Möglicher Kandidat für die vakante Stellvertreterposition wäre Mark Rackles, Sprecher der „Berliner Linken“ und bisheriger Landeskassierer. Öffentlich genannt wurde neben den bisherigen Stellvertretern Barbara Loth, Iris Spranger und Mark Schulte auch die Abgeordnete Sandra Scheeres.

Als Berliner Vertreter für den Parteirat werden voraussichtlich Neuköllns Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky, Parlaments-Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki und die Kreisvorsitzende von Tempelhof-Schöneberg Dilek Kolat kandidieren.

Der Landesparteitag findet am 26. Juni im Berliner Congress Centrum am Alexanderplatz statt. **BS** □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin

Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

2. Berliner Ideenkonferenz:

Standort für Zukunftsindustrien

Neue Industrialisierung: Nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten

Am 5. Juni lädt die SPD zur 2. Berliner Ideenkonferenz. Im Mittelpunkt steht diesmal das Thema „Neue Industrialisierung: Nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten“. Eingeladen sind alle Berlinerinnen und Berliner. Sie können sich gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Wirtschaft und Gewerkschaften ein Bild von den Möglichkeiten der Stadt machen, eigene Ideen entwickeln und zur Diskussion stellen.

Berlins Industrie ist durch die harte Sanierungsarbeit in den letzten Jahren heute international wettbewerbsfähig. Dieses Fundament will die SPD in der kommenden Dekade weiter stärken und ausbauen. Berlin positioniert sich dabei als Standort für Zukunftsindustrien wie der Green Economy, der (E-) Mobilität, der Gesundheitswirtschaft und der wissens- und innovationsgetriebenen IT. In Berlin werden Produkte der nachhaltigen, ressourcenschonenden Wirtschaft des 21. Jahrhunderts erdacht, angewandt und produziert.

Für die Konferenz lädt die SPD Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft für das Thema „Neue Industrialisierung“ ein, ebenso wie Praktiker, die in Berlin als Unternehmerinnen, Arbeitnehmer oder Betriebsräte konkrete Erfahrungen



Im März fand die erste Berliner Ideenkonferenz zum Thema Integration statt. Insgesamt sind vier Konferenzen geplant.

gemacht haben und davon berichten. ExpertInnen und Praktiker sind die Impulsgeber auf der Konferenz, sie diskutieren untereinander, vor allem aber auch mit dem Publikum – den Berlinerinnen und Berlinern – über die Anforderungen von Industriepolitik für Berlin. Im Zentrum sollen neue Ideen für eine zukunftsfähige und nachhaltige Politik für Berlin als Standort von Zukunftsindustrien stehen.

Die Expertinnen und Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft sind u. a. Dr. Ka-

trin Suder, Leiterin des Public Sector sowie des Berliner Büros von McKinsey; Prof. Dr. Klaus Semlinger, HTW Berlin, Volkswirt mit den Forschungsschwerpunkten Organisationstheorie, regionale Entwicklung und Mittelstandsökonomie und Hardy Schmitz, Geschäftsführer der WISTAM Management GmbH, Betreibergesellschaft des Wissenschafts- und Technologieparks Berlin-Adlershof. Als ExpertInnen aus Berliner Unternehmen kommen u.a. Gabi Grützner, Geschäftsführerin micro resist technology GmbH, ein Köpenicker Unternehmen der Micro- und Nanotechnologie, Yüksel Karaaslan, Betriebsratsvorsitzender der Bayer Schering Pharma AG und Uwe Luipold, regioconsult - Konzepte für Politik und Wirtschaft, ein Forschungsinstitut, das sich mit der Nachnutzung von Tegel beschäftigt.

Auf den Berliner Ideenkonferenzen werden die wesentlichen Themen der Stadt aufgegriffen. Die SPD will mit Berlin im Gespräch sein, zuhören und offen sein für Anregungen. Auf dem Weg zu einer solidarischen Stadt kann Politik Impulse aufnehmen und selbst Impulse geben für gesellschaftlichen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit in Berlin. **BS □**

➡ Beiträge, Berichte und Kommentare zu den Ideenkonferenzen im Internet unter www.hauptstadt-im-gespraech.de

2. Berliner Ideenkonferenz:

Mehr Industrie für Berlin

Fachausschuss Wirtschaft legt Thesen zur Industriepolitik vor

Berlin braucht mehr Beschäftigung. Und damit auch mehr Industrie. Die Basis dafür ist vorhanden, stellt die AG Industriepolitik des SPD-Fachausschusses Wirtschaft in ihrem Thesenpapier fest. Die Berliner Stimme dokumentiert das Papier.

○ Industriekompetenz muss wieder zum Markenzeichen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in Berlin werden! Berlin muss wieder den Anspruch erheben, Industriestadt sein zu wollen. Mehr Industrie in Berlin bedeutet mehr Wertschöpfung - auch bei Dienstleistungen, denn auf jeden Industriearbeitsplatz kommen vier Dienstleistungsarbeitsplätze. Je höher die Wertschöpfung ist, desto größer sind die Spielräume für eine sozial-ökologische Stadtpolitik, desto größer ist auch der Spielraum zur Gestaltung einer Politik der sozialen Gerechtigkeit. Ziel muss es sein, durch eine intelligente Wachstumpolitik, Menschen



Klaus Wowereit bei Bayer-Schering.

Foto: BS

in Lohn und Brot zu bringen, damit sie keine Transferleistungen in Anspruch nehmen müssen.

○ Berlin hat seit der Wiedervereinigung 60 Prozent seiner Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe verloren. Alle Erfolge beim Aufbau des Dienstleistungssektors, der Kreativwirtschaft und der Wissenschaft und Kultur haben die Stadt ökonomisch nicht genügend stabilisieren können. Das Berliner Lebensgefühl lockt viele junge Menschen an, aber viele gehen wieder weg, weil sie hier keine Arbeit finden. In Berlin kommen auf 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter nur 67 Beschäftigte. Die Arbeitslosenquote ist mit 14,5 Prozent erschreckend hoch. Nur noch 40 Prozent der der Berufstätigen haben unbefristete Vollzeitstellen. Die Quote der Hartz-IV-Empfänger ist mit 13 Prozent mehr als doppelt so hoch wie im Bundesschnitt (6,1 Prozent).

○ Die Ansicht, in Berlin gebe es gar kei-

Fortsetzung Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

ne industrielle Basis mehr, ist jedoch falsch. Berlin hat eine sehr leistungsfähige Industrie auf Weltmarktniveau. Modernste Turbinen kommen aus Berlin, beispielsweise von Siemens oder M.A.N. Turbo, bedeutende Unternehmen der Pharmaindustrie produzieren hier, sämtliche Motorräder von BMW werden in Berlin hergestellt. In Berlin werden mehr Hightech-Firmen gegründet als im Bundesdurchschnitt. Die Berliner Industrieunternehmen erwirtschaften über 37 Prozent ihres Umsatzes mit neuen Produkten.

○ Die industrielle Basis ist für eine deutsche Metropole und im Vergleich zu anderen deutschen Ballungsräumen jedoch zu klein. Es fehlen 280.000 Arbeitsplätze, 90.000 davon in der Industrie. Rund 13 Prozent der Wirtschaftsleistung Berlins kommen aus der Industrie, während es im deutschen Durchschnitt zehn Prozentpunkte mehr sind. Ziel muss es sein, diesen Wert auch in Berlin zu erreichen. Dafür muss Berlin neue Industrie selbst aufbauen und darf nicht darauf hoffen, dass große und prestigeträchtige Industrieansiedlungen ausschließlich von außen kommen.

○ Als sich Berlin in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert anschickte, Industriestadt zu werden, war der wertvollste Rohstoff, über den die Stadt verfügte, das Wissen der Menschen, die hierher kamen. Berlin verfügte außerdem über hervorragende Bildungseinrichtungen und eine hervorragende Infrastruktur. Kluge Köpfe wie Werner v. Siemens, Emil Rathenau und viele andere waren es, die Berlin zur Industriestadt machten - nicht Bodenschätze oder andere naturgegebene Faktoren. Hieraus sind Folgerungen für die weitere Entwicklung der Industriestadt Berlin zu ziehen.

„○ Berlin muss zum Vorreiter neuen Wirtschaftens und neuer Arbeitsplätze werden. Der wertvollste Rohstoff Berlins ist das Wissen der Menschen. Berlin verfügt über eine in Deutschland einmalige Wissenschaftslandschaft, über hervorragende Bildungseinrichtungen und eine exzellente Infrastruktur. Berlin gibt rund 3,4 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Forschung und Entwicklung (FuE) aus und liegt damit weit über dem Bundesdurchschnitt. Berlins Industrie ist eine hochwertige Industrie mit hoher Wertschöpfung, deren besondere Stärke in der Verbindung von Wissen und Umsetzung mit hoher Fertigungskompetenz ist. In Berlin werden Produkte der nachhaltigen, Ressourcen schonenden Wirtschaft des 21. Jahrhunderts erdacht, angewandt und produziert. Hier wird an der Lösung zentraler Zukunftsthemen gearbeitet.



Berliner Exportschlager: das Velotaxi.

Foto: Mario Monk

○ Neue Industrie ist anders. Ein beträchtlicher Teil ihrer Wertschöpfung kommt aus Forschung und Entwicklung, Design, Marketing - und aus hochwertiger Produktion. Wir müssen uns daher von einem veralteten Industriebild verabschieden: von rauchenden Schornsteinen, vom Lärm, Schmutz und harter, oft eintöniger Arbeit in großen Fabriken. Skepsis und Distanz müssen durch Vermittlung eines neuen, positiven Images einer modernen, sauberen und damit stadtauglichen Industrie abgebaut werden.

○ Die Ressource „Wissenschaft“ und „qualifiziertes, wissenschaftlich ausgebildetes Arbeitspotenzial“ muss intensiver als bisher genutzt werden. In Berlin trifft ein überproportional großer Wissenschaftsbereich auf eine kleine und vergleichsweise kleinteilig strukturierte Industrie. Zudem hatten andere Ballungsräume 40 Jahre mehr Zeit für das abgestimmte Wachstum von Wissenschaft und Industrie. Eine konsequente KMU-Förderung, Bestandspflege, die Bereitstellung von Wagniskapital für KMU und die Fachkräfteförderung im KMU-Bereich sind entscheidende Bausteine einer industriepolitischen Strategie für Berlin.

○ Eine wirksame Industriepolitik muss



Zukunftstechnologie Elektromobilität: Berlin bietet sich als Markt an. Foto: Scholz

daher in Berlin zum einen von vorhanden Strukturen und Ressourcen ausgehen. So werden die ansässigen Unternehmen der Elektroindustrie, der Energieerzeugung, des Energiemaschinenbaus, der Lebensmittel- und der Pharmaindustrie und auch weiterhin eine tragende Rolle in Berlin spielen. Industriepolitik bedeutet in diesen Feldern vorrangig Bestandpflege und -erweiterung. Zum zweiten hat sich Berlin aber auch längst auf den Weg einer neuen Industrialisierung gemacht. Der dramatische Strukturwandel ebnete innovativen, neuen Unternehmen den Weg. Seit der Wiedervereinigung sind viele wissensbasierte Unternehmen gegründet worden, die ihre Märkte gefunden haben und von denen etliche zu „Hidden Champions“ aufgestiegen sind.

○ Der Weg der neuen Industrialisierung muss konsequent weiter beschritten werden. Hierzu bedarf es einer ebenso dynamischen wie kreativen Industriepolitik unter optimaler Nutzung der Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen dieser Stadt. Dabei kommt die Innovationsstrategie des Landes zum Tragen. Sie hat sechs Kompetenzfelder definiert: Biotechnologie, Medizintechnik, Verkehr und Mobilität, Informations- und Kommunikationstechnologien, Optische Technologien und Mikrosystemtechnik sowie Energietechnik. Die Zukunftsindustrien dieser Stadt werden Green Economy, Elektrische Mobilität („E-Mobility“), Gesundheitswirtschaft sowie die wissens- und innovationsgetriebenen Informationstechnologie sein. Bei vielen Industriebetrieben in Berlin handelt es sich bereits jetzt um Kompetenzzentren von Konzernunternehmen. Wenn es um weitere Produktentwicklungen geht, muss Berlin künftig in den Konzernentscheidungen eine herausragende Rolle spielen.

○ Berlins industrielle Zukunft liegt jedoch nicht nur in Zukunftstechnologien, sondern auch in Zukunftsorten. Technologieparks wie Adlershof und Buch beweisen, dass es möglich ist, im unmittelbaren Umfeld der Wissenschaft neue Industrien aufzubauen, wo aus dem „Rohstoff Wissen“ Produkte hergestellt werden. Industrielle Räume können auch in Charlottenburg, rund um den Campus von Technischer Universität und Universität der Künste entstehen, außerdem in Tempelhof, in Marzahn oder auf dem Gelände des Flughafens Tegel nach dessen Schließung. An Orten wie diesen müssen Wissenschafts-, Stadtentwicklungs- und Wirtschaftspolitik gemeinsam die Voraussetzungen dafür schaffen, dass industrielle Arbeitsplätze entstehen. Diese Zukunftsorte bedürfen kompetenter Kümmerer-Strukturen, die von politisch höchster Stelle aus gesteuert werden. □

Pankower Zentrum:

Dynamische Entwicklung

Wolfgang Thierse überzeugt sich von der Infrastrukturentwicklung

Insgesamt war es ein spannender Tag im Pankower Zentrum, bei dem Torsten Schneider dem Kollwitzplatz-Anwohner Thierse vor allem eines beweisen konnte: Der Pankower Ortskern rund um die Breite Straße entwickelt sich mindestens so dynamisch wie der Prenzlauer Berg und hat ganz besonders bei Familien mit Kindern an Attraktivität und Anziehungskraft gewonnen. Dass Politik hier gestalten, dass sie weiter in Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur investieren muss, darüber waren sich Schneider und Thierse am Ende dieses Kiezspaziergangs einig.

Zu einem gemeinsamen Wahlkreistag im Pankower Zentrum hatten sich am 27. Mai der Pankower Bundestagsabgeordnete Wolfgang Thierse und das örtliche Abgeordnetenhausmitglied Torsten Schneider verabredet. Auf dem Besuchsprogramm standen neben Schulen und Wohnungsbauprojekten auch die zahlreichen Straßenbaustellen im Pankower Ortskern. Der Rundgang begann an der Wollankstraße, die zu den wichtigen Zufahrten nach Pankow gehört welche grundlegend instandgesetzt werden.

Torsten Schneider, der als Abgeordneter für den Wahlkreis Pankow Zentrum die mangelnde Abstimmung der Straßenbaustellen durch den zuständigen Stadtrat der Bündnisgrünen, Herrn Kirchner, heftig kritisiert und dafür viel Zuspruch von stau- und lärmgeplagten Anwohnern erhalten hatte, erläuterte Wolfgang Thierse die angespannte Verkehrssituation. Nach einem Spaziergang am Pankower Rathaus vorbei



Wolfgang Thierse bei der Besichtigung des Wohnungsbauprojektes „Alte Mälzerei Pankow“

Foto: Severin Höhmann

erreichten die beiden Politiker anschließend das ehemalige Pankower Sozialamt in der Dusekestraße - einen beeindruckenden Bau aus dem Anfang des 20. Jahrhunderts - welches aktuell in einem Bieterverfahren des Liegenschaftsfonds für eine neue Nutzung ausgeschrieben wird.

Weiter führte der Rundgang in das „provisorische“ Quartier der vor drei Jahren gegründeten „Schule Eins“. Im ehemaligen Jüdischen Waisenhaus in der Berliner Str. nutzt die Schule zwei Etagen - und platzt wegen des großen Andrangs von Familien aus der näheren und weiteren Umgebung schon jetzt aus allen Nähten.

Dem Engagement der Gründer, allen voran Frau Urrutia vom Schulträger „Pankower Fröchtchen“, ist es zu verdanken, dass die Schule schon im Herbst 2010 ein neues großes Quartier im benachbarten alten Tabakspeicher der früheren Garbätzy-Zigarettenfabriken erhält. Auf der Baustelle mochten Thierse und Schneider ob der sichtbaren ausstehenden Arbeiten an diesen rekordverdächtig schnellen Schulumbau kaum glauben, doch der Bauleiter versicherte, dass nach Baubeginn im Januar spätestens im Oktober der Schulbetrieb losgehen könne.

Weiter ging es dann zur wohl größten Infrastrukturmaßnahme im Pankower Zentrum, der Straßenbaustelle Berliner Straße am S- und U-Bhf. Pankow. Angesichts der im Stau stehenden Busse, die seit Pfingsten die U2 und Tram ersetzen, konnte Thierse sich den Sorgen der Pankowerinnen und Pankower um ihre Wege in die Innenstadt voll und ganz anschließen. Statt fünf Minuten mit der U-Bahn vom Alex nach Pankow brauche sie jetzt über eine halbe Stunde, beklagte sich eine Passantin bei Wolfgang Thierse.

Als letzten Besuchsort steuerten die Abgeordneten dann die „Alte Mälzerei“ an. Hier wurde seit 1874 Gerste zu Malz geröstet - ein wichtiges Produkt für die zahlreichen Brauereien in der Umgebung. Nach dem II. Weltkrieg als Lagerhaus genutzt, verfiel dieses beeindruckende Gebäudeensemble nach 1990 mehr und mehr.

Erst dem Nürnberger Unternehmen „terraplan“ gelang mit der Idee, in den früheren Fabrikgebäuden Wohnungen einzurichten, ein Angebot, dass ganz offensichtlich die Wünsche der Pankowerinnen und Pankower erfüllt. Thierse und Schneider ließen sich einige der individuell gestalteten, denkmalgerecht sanierten und bis auf wenige Ausnahmen gänzlich verkauften Wohnungen zeigen. **Severin Höhmann** □

Spandau:

Welches Modell trägt?

Diskussion: „Bürgerversicherung versus Kopfpauschale“

Unter dem Titel „Bürgerversicherung versus Kopfpauschale“ lädt der Bundestagsabgeordnete Swen Schulz (SPD) zur Diskussionsrunde mit dem Gesundheitsexperten der SPD-Bundestagsfraktion, Prof. Dr. Karl Lauterbach, und dem Bezirksstadtrat für Gesundheit und Soziales Martin Matz, am 9. Juni 2010 um 19.00 Uhr ins Centrovital ein.

Seit langem wird über einen Systemwechsel im Gesundheitswesen diskutiert. Dabei setzen sich die CDU/CSU sowie die FDP für die Einführung einer sogenannten Kopfpauschale ein. Die SPD und die Grünen hingegen plädieren für eine Bürgerversi-

cherung, in die alle einkommensabhängig einzahlen. Seit Herbst 2009 gibt es nun eine von CDU/CSU und FDP geführte Bundesregierung und damit eine parlamentarische Mehrheit für das Modell der Kopfpauschale. Welche Risiken in dem einem und welche Vorteile in dem anderen Finanzierungsmodell liegen, will der Bundestagsabgeordnete Swen Schulz mit den Experten sowie Bürgerinnen und Bürgern diskutieren. **PM** □

➔ Diskussionsveranstaltung „Bürgerversicherung versus Kopfpauschale“ am 9. Juni 2010, 19.00 Uhr im Centrovital, Neuenendorfer Str. 25, 13585 Berlin. Anmeldung und Rückfragen unter Tel.: 227 70185

Arbeitsmarkt:

Höchster Rückgang bei Arbeitslosenzahl

Den höchsten Rückgang bei der Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung meldet die Arbeitsagentur für den Monat Mai in Berlin.

Im vergangenen Monat waren in Berlin 232 341 Menschen arbeitslos gemeldet, das sind 7461 weniger als im April. Die Arbeitslosenquote ging um 0,6 Punkte auf 13,6 Prozent gegenüber dem Vormonat zurück. Sie lag damit auch 0,6 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert. Gleichzeitig stieg die Zahl der gemeldeten offenen Stellen. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit fiel in Berlin auch höher aus als im Bundesgebiet, wo die Gesamtquote allerdings bei 7,7 Prozent lag. **BS** □

Jusos:

„Wir möchten ein Berlin mit allen für alle“

Im BS-Interview: Christian Berg, Juso-Landesvorsitzender

Die SPD war immer dann stark, wenn sie zum Mitmachen und Diskutieren eingeladen. Diese Fähigkeit müsse die SPD zurückgewinnen, sagt der Juso-Landesvorsitzende Christian Berg im Interview mit der BERLINER STIMME.

Berliner Stimme: Die Wahl zum Juso-Landesvorsitzenden liegt wenige Wochen zurück. Auf welche Schwerpunkte will sich der neue Juso-Landesvorstand konzentrieren?

Christian Berg: In den kommenden Monaten wollen wir intensiv diskutieren, wie Stadtpolitik gerade für junge Menschen aussehen kann. Wir möchten ein Berlin „mit allen für alle“ - dazu gehört, offen über die soziale Spaltung in unserer Stadt zu diskutieren, Lösungen zu finden und die Teilhabe aller Menschen zu ermöglichen. Unsere Initiative für ein Wahlrecht ab 16 Jahren ist dafür ein Beispiel.

Ein weiterer Schwerpunkt wird die Jugendpolitik sein. Die finanzielle Situation der Bezirke hat ihre Spuren hinterlassen, vor allem Jugendeinrichtungen leiden darunter und werden weggekürzt oder müssen qualitative Abstriche machen. Das ist eine dramatische Entwicklung, die so nicht zu akzeptieren ist. Der Senat und die BVVen sind gefragt, dringend gegenzusteuern. Da werden wir Druck machen.

Berliner Stimme: Die Ausbildungsplatzsituation wird zum Herbst wieder drängend. Noch fehlen in Berlin mehrere tausend Ausbildungsplätze. Etliche Jugendliche befinden sich zum Teil seit Jahren in Warteschleifen. Wo sehen die Jusos Lösungen?

Christian Berg: Unsere Forderung nach einer Ausbildungsplatzumlage ist noch immer aktuell. Das Problem besteht nicht, wie sich Arbeitgeber gerne herausreden, in der mangelnden „Ausbildungsreife“ von Jugendlichen. Vielmehr bildet nicht einmal ein Viertel der Betriebe aus. Freiwillige Maßnahmen der vergangenen Jahre haben nicht funktioniert, deshalb müssen die Arbeitgeber in die Pflicht genommen werden. Mit einer Umlage könnte auch endlich eine vernünftige zweite staatliche Säule geschaffen werden, die den Warteschleifen ein Ende bereitet.

Berliner Stimme: Das Thema „Soziale Stadt“ findet sich im Arbeitsprogramm der Jusos, es gehört auch seit einigen Jahren zu den Themenschwerpunkten der Berliner SPD. Der Landesparteitag im Juni wird sich mit der „Mieterstadt Berlin“ befassen. Wo gibt es Gemeinsamkeiten, wo wollen die Jusos eigene Akzente setzen?

Christian Berg: Die Privatisierung kom-



Christian Berg ist Landesvorsitzender der Berliner Jusos. Foto: privat

munaler Wohnungen in den vergangenen Jahren war ein Fehler, den die SPD mittlerweile eingesehen hat. Das Beispiel GSW zeigt, dass die Folgen einer Privatisierung nur zu hohen Renditeerwartungen und damit heftigen Mieterhöhungen ohne substantielle Verbesserungen führt. Nur noch 16% des Wohnungsbestandes sind in öffentlicher Hand. Damit hat die Stadt kaum mehr einen Einfluss auf dem Wohnungsmarkt. Deshalb reicht es nicht aus, nun weitere Wohnungsprivatisierungen vermeiden zu wollen. Die Folgen der Privatisierungspolitik müssen auch durch eine Erweiterung des Bestandes an kommunalem Wohnraum abgemildert werden. Nur so können bezahlbare Wohnungen geschaffen und Verdrängungen vermieden werden, wie wir sie in den gentrifizierten Kiezen in Prenzlauer Berg, Friedrichshain oder im Norden von Neukölln tagtäglich erleben.

Berliner Stimme: Sie waren zuvor im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen aktiv, sind Vize-Präsident des Deutschen Studentenwerks (DSW). Liegt auf der Wissenschafts- und Hochschulpolitik auch künftig noch ein persönlicher Schwerpunkt?

Christian Berg: Ich habe Bildungspolitik nie isoliert von anderen Politikfeldern betrachtet - gute Bildung ist eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und individuelle Entfaltung, und sie ist nur möglich durch einen handlungsfähigen Staat. Gute Bildungspolitik war deshalb schon immer ein zentrales Anliegen der Jusos. Das will ich auch zukünftig so handhaben, und dabei werden meine bisherigen Erfahrungen sicher auch hilfreich sein.

Berliner Stimme: Noch immer haftet den Jusos ja das Image an, viele theoretische Diskussionen zu führen. Zu Unrecht? Was macht den Alltag von Juso-Arbeit heute aus?

Christian Berg: Wer gesellschaftliche Probleme analysieren will, kommt an einer auch theoretischen Analyse nicht vorbei. Ein Beispiel sind die Ursachen der aktuellen Wirtschaftskrise - erst die kritische Auseinandersetzung mit der Funktionsweise des Kapitalismus macht verständlich, was wir zur Zeit erleben.

Das macht aber nicht alleine unseren Juso-Alltag aus: Gerade wir Berliner Jusos sind in vielen Bündnissen aktiv, etwa im Kampf gegen Rechts oder in der Anti-Atom-Bewegung. Wir bringen uns stark in soziale Bewegungen ein, weil uns die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Gruppen auch außerhalb der SPD wichtig ist. Oft sind es vor allem die Jusos, die ganz konkret für einzelne Verbesserungen im Kiez und im Bezirk streiten.

Berliner Stimme: Der Juso-Bundeskongress, der in diesem Jahr vom 18. - 20. Juni in Essen stattfinden wird, steht unter dem Motto „links.konkret.gerecht“. „Von dort werden wir ein politisches Signal zur Erneuerung der SPD senden“, heißt es auf der Internetseite der Jusos. Wie sollte das Ihrer Meinung nach aussehen?

Christian Berg: Die SPD muss sich vor allem inhaltlich erneuern. Die Partei hat ihren Markenkern, die Herstellung sozialer Gerechtigkeit, verloren. Nur wenn die SPD es schafft, wieder für soziale Gerechtigkeit zu stehen, wird sie die nötige Glaubwürdigkeit zurück gewinnen. Die Kehrtwende von Hartz IV ist dabei ein wichtiger Aspekt, zu dem die Parteispitze die ersten richtigen Schritte gemacht hat.

Zur Glaubwürdigkeit der SPD gehört aber auch zum Beispiel eine Steuerpolitik, die tatsächliche Umverteilung ermöglicht und die die Handlungsfähigkeit des Staates wieder herstellt. Wir brauchen eine Vermögenssteuer, wir müssen die Spitzensteuersätze erhöhen, um das Ungleichgewicht zwischen Arm und Reich langfristig abzubauen.

Zur Erneuerung der SPD gehört aber auch mehr innerparteiliche Demokratie. Das fängt dabei an, dass auch harte Diskussionen wieder zugelassen werden und der Wunsch der SPD-Mitglieder gehört wird. Die SPD war immer dann stark, wenn sie zum Mitmachen, zum Diskutieren eingeladen hat. Dahin muss die Partei zurück, wenn sie wieder mehrheitsfähig werden will.

Fragen: U. Horb □



Den Tag der Offenen Tür im Berliner Abgeordnetenhaus nutzten viele Berlinerinnen und Berliner, um sich über die Arbeit des Parlaments zu informieren. Am Stand der SPD-Fraktion gab es Informationen über Schulstrukturreform, Kitaentwicklung oder die Zukunft von Tempelhof. Fotos: Mario Monk



FRAKTION INTERN

Spannende Einblicke beim Tag der offenen Tür. Rund 11 000 Besucherinnen und Besucher sind am 29. Mai zum Tag der offenen Tür des Berliner Abgeordnetenhauses gekommen. Am Stand der SPD-Fraktion konnten Bürgerinnen und Bürger Abgeordnete treffen und sich über unsere Arbeit informieren. Viele nutzten die Gelegenheit, um Fragen zu stellen und mit den Mitgliedern der SPD-Fraktion über aktuelle Themen zu diskutieren. Auch das Gewinnspiel, bei dem WM-Bälle als Preise lockten, erfreute sich großer Beliebtheit.

Rechtzeitig zum Tag der offenen Tür neu aufgelegt worden ist die Broschüre „Fraktion konkret“. Darin werden Entscheidungswege und Zuständigkeiten in der SPD-Fraktion erklärt und alle 54 Abgeordneten vorgestellt.

Die Broschüre ist in der Pressestelle erhältlich, Tel. 23 25 22 40 oder pressestelle@spd.parlament-berlin.de. Auch das Faltblatt „Neues entsteht!“ über die Zukunft der Berliner Flughäfen gibt es hier oder im Internet unter <http://www.spd-fraktion-berlin.de/publikationen>

Stadteilteile in Moabit und Charlottenburg. Die Veranstaltungsreihe „Berliner Stadteilteile“ der SPD-Fraktion ist nach Schöneberg demnächst in Moabit/Wedding und Charlottenburg zu Gast.

Am 2. Juni konnten Bürgerinnen und Bürger beim Schöneberger Stadteiltag von Lars Oberg dabei sein. Der direkt gewählte Abgeordnete und wissenschaftspolitische Sprecher der Fraktion machte unter anderem einen öffentlichen Rundgang über das Gewerbegebiet Neue Naumannstraße. Am Abend stand eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Integration in Schöneberg - gemeinsames Leben im Kiez“ auf dem Programm.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Jutta Leder lädt am 9. Juni zum Moabiter Stadteiltag ein. Dabei können Bürgerinnen und Bürger am Vormittag an der Besichtigung des Heizkraftwerks an der Putzlitzbrücke (begrenzt Platzangebot, Teilnahme nur mit Voranmeldung möglich. heizkraftwerk@jutta-leder.de) teilnehmen und am Abend zum Kiezesgespräch ins Moabiter Stadtschloss kommen. Am 14. Juni findet in Charlottenburg-Nord der Stadteiltag der bildungspolitischen Sprecherin Felicitas Tesch statt. Ein spannender Programmpunkt: Die Besichtigung des neuen Kletterparks Jungfernheide.

Alle Informationen zu Terminen und Programmabläufen der Berliner Stadteilteile sind im Internet unter www.spdfraktion-berlin.de zu finden oder können bei Rowena Paeche unter der Telefonnummer 23 25 22 34 erfragt werden. **cs** □

„Aktive politische Kraft“

Landesdelegiertenkonferenz der AG 60plus mit Wahlen

Am 27. Mai kamen 110 von 120 gewählten Landesdelegierten der AG 60plus in das Neue Stadthaus Parochialstraße, um den neuen Landesvorstand zu wählen, Anträge zu beschließen und den Rechenschaftsbericht des Vorstands entgegen zu nehmen.

Beim Geschäftsführenden Vorstand ergaben sich aus unterschiedlichen Gründen erhebliche Veränderungen. Vier von sechs Mitgliedern traten nicht mehr an. Wiedergewählt wurden Werner Kleist (Charlottenburg-Wilmersdorf) als Landesvorsitzender und Heidemarie Fischer (Mitte) als stellvertretende Landesvorsitzende. Neu gewählt wurden Sibylle Heberle und Karl-Heinz Augustin (beide Neukölln) sowie Dr. Axel Bercht (Friedrichshain-Kreuzberg) als weitere stellvertretende Landesvorsitzende.

Als Nachfolger der eigentlich unentbehrlichen Waltraud Herrmann (Spandau), die aus gesundheitlichen Gründen leider nicht mehr antrat, wurde der Reinickendorfer Kreisvorsitzende Bernd Merken zum Schriftführer gewählt. Sieben Beisitzerinnen und Beisitzer sowie vier Regional- und 12 Kreisvorsitzende komplettieren den Vorstand, so dass insgesamt 29 Genossinnen und Genossen zum neuen Landesvorstand der AG 60plus gehören. Das hört sich viel an, relativiert sich aber in Anbetracht der Größe der AG 60plus mit rd. 6.200 Genossinnen und Genossen; das sind rd. 38 % aller Berliner SPD-Mitglieder.

Großen Beifall erhielten die Ehrengäste für ihre Grußworte: Der Landesvorsitzende der SPD Michael Müller, die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Ülker Radziwill, der Landesvorsitzende der AG 60plus in Brandenburg Horst Uelze und der Landesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt Hans Nisblé, dessen Hinweis, dass es früher für Sozialdemokraten selbstverständlich war, zugleich Mit-



AG 60plus: Stimmenauszählung.

Foto: Jürgen Jänen

glied der AWO zu sein, wieder beherzigt werden sollte. Das wäre schön, umgekehrt aber wäre es auch nicht schlecht.

In der Diskussion über den Rechenschaftsbericht spielte die Frage des Selbstverständnisses der AG eine wichtige Rolle. Die AG 60plus versteht sich als aktive politische Kraft, die sich für das sozialdemokratische Ziel einer sozialen Stadt Berlin einsetzt, für die Verbesserung des Wohnumfeldes und der altersgerechten Wohnsituation, für die uneingeschränkte Einbindung älterer Menschen in die Gesellschaft, wobei sie sich im Zeichen des demographischen Wandels den Chancen und Herausforderungen einer Gesellschaft des längeren Lebens stellt. Über Anträge, die in diesem Zusammenhang beschlossen wurden, wird zu einem späteren Zeitpunkt berichtet.

Die 4 1/2stündige Versammlung klang aus mit dem Dank an die ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder für ihre z. T. jahrelange Arbeit in der AG 60plus und für den Genossen Dietmar Milnik, der viele Jahre die AG 60plus in der Müllerstraße betreute, und es sich nicht nehmen ließ, die logistische Gestaltung der Konferenz zu übernehmen, obwohl er schon vor einigen Wochen in den Ruhestand getreten war. Das war beispielhafte Solidarität. **Werner Kleist** □

Arbeitsgemeinschaften:

„Die Wirtschaftskompetenz stärken“

SPD-Selbständige wollen an der Schaffung von Arbeitsplätzen mitwirken

Vielfältige Erfahrungen und die Arbeit der letzten Jahre haben die AGS in Spandau, aber auch über Spandaus Grenzen hinaus bekannt gemacht. CDU und FDP sehen die AGS mit ihrer Wirtschaftskompetenz im noch CDU-regierten Spandau als ernst zu nehmenden Gegenpart an, die ihnen die ureigenen Themen streitig macht. Hier muss auch im Land und in der AGS Berlin angesetzt werden, um die Berliner SPD wieder als stärkste Kraft aus der Landtags- und auch Kommunalwahl 2011 hervorgehen zu lassen. Mit diesem Credo trat am 26.05.2010 die bisherige stellvertretende Vorsitzende der AGS Berlin und Vorsitzende der AGS Spandau gegen den bisherigen Vorsitzenden Dr. Stefan Harant und die ebenfalls kandidierende bisherige Schriftführerin Sibylle Schmidt an. Mit ihrer überzeugenden Bewerbungsrede konnte sie im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen. Für die Berliner Stimme beschreibt sie die Arbeitsvorhaben des neuen Vorstands.

Die AGS will künftig u. a. durch Intensivierung von Gewerbeansiedlungen die Schaffung neuer Arbeitsplätze unterstützen. Hierbei sollen für Investoren aus dem In- und Ausland schnellere und effizientere Wege geschaffen werden.

Die Ausweitung der Berliner Messe- und Kongresslandschaft soll die Wirtschaft in



Angelika Syring ist selbständige Außenhandelskauffrau und Rechtsfachwirtin. Die Vorsitzende AGS Spandau ist seit vergangener Woche auch Landesvorsitzende der AGS Berlin. Ihr Ziel: Die AGS soll stärker an der Schaffung von Arbeitsplätzen mitwirken.

Berlin befruchten. Die AGS Berlin wird künftig im Bereich Kreativwirtschaft um die Meinung und die Stimmen der Selbstständigen und Unternehmer werben.

Die AGS wird das Land Berlin motivieren, im Handwerk neue Arbeitsplätze dadurch zu schaffen, dass verstärkt in (Aus-)Baumaßnahmen zur Energieeinsparung, z. B. der Sanierung von Schulen und öffentlichen Gebäuden bei besonderer Berücksichtigung kleinteiliger Ausschreibungen investiert bzw. entsprechende Förderprogramme im Bund aufgelegt und auch genutzt werden.

Berlin bietet ein großes Potential auslän-

discher Vertretungen. Dies wurde bisher nicht bzw. nur ungenügend für den Wirtschaftsstandort Berlin genutzt. Diese Kontakte zum Ausland wird die AGS Berlin durch Gespräche mit Botschaftern und Handelsräten ausländischer diplomatischer Vertretungen in Berlin und die Hauptstadtfunktion Berlins für bessere Kontakte zu den Regionen der Russischen Föderation, zu den östlichen Ländern Mitteleuropas sowie zu den GUS-Ländern und China nutzen, damit Berlin von den Besuchen ausländischer Wirtschaftsdelegationen in Berlin profitiert.

Schließlich wird die AGS umfassende Informationen über die Arbeit der Europäischen Union zur Unterstützung der mittelständischen Wirtschaft durch regelmäßige Gespräche mit der EU-Repräsentanz in Berlin (Dagmar Roth-Behrendt) durchführen.

Die neuen stellvertretenden Vorsitzenden Maria Haller und Christoph Huhn werden zur Umsetzung dieses Programms jeder mit seinen fachspezifischen Fähigkeiten und Erfahrungen beitragen. Bernd Kleiter als Schriftführer wird sich der zukünftig sehr umfangreichen Pressearbeit zuwenden.

Gemeinsam mit den anderen Arbeitsgemeinschaften und der SPD wird die AGS Berlin dazu beitragen, dass Berlin auch weiterhin von einer starken und wirtschaftskompetenten SPD regiert wird.

Angelika Syring □

Arbeitsgemeinschaften:

Normal ist anders

Schwusos beim Stadtfest am Nollendorfplatz und beim CSD

Am Wochenende vom 12. und 13. Juni 2010 findet das alljährliche lesbisch-schwule Stadtfest am Nollendorfplatz statt. Der Landesverband der AG Schwusos wird wieder traditionell auf der Politik-Meile in der Eisenacher Straße jeweils von 10 bis 22 Uhr mit einem Stand vertreten sein.

Für Samstag hat sich der Vorsitzende der Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier angekündigt. Er wird sich ab 15 Uhr auf dem „wilden Sofa“ auf der Hauptbühne den Fragen von Veranstalter Gerhard Hoffmann stellen. Ab 16 Uhr ist der Besuch beim Schwusos-Stand geplant. Weitere prominente Gäste aus der Bundestagsfraktion und dem Berliner Abgeordnetenhaus haben ihr Kommen angekündigt.

Der Höhepunkt der CSD-Saison ist natür-



Ganz normal: Die Schwusos beim CSD. In diesem Jahr findet die Abschlussveranstaltung am Brandenburger Tor statt.

lich die Demonstration am Samstag, 19. Juni 2010 ab 13 Uhr. Die AG Schwusos Berlin wird wieder mit einem Truck, der dem diesjährigen Motto „Normal ist anders“ entsprechend gestaltet sein wird, unterwegs sein.

In diesem Jahr wird eine andere Route befahren als im Vorjahr (Kurfürstendamm, Nollendorfplatz, Siegestsäule). Die Abschlussveranstaltung mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit findet am Brandenburger Tor statt. Über eine rege Beteiligung und Unterstützung am Straßenrand freuen sich die Schwusos sehr.

André Rostalski □

Kontakt: André Rostalski, Landesvorsitzender AG Schwusos Berlin, Andre.Rostalski@spd-online.de

Vielfalt der Kulturen:

„Für mehr Öffentlichkeit sorgen“

Sinan Şenyurt: Munzur-Staudamm-Projekte bedrohen Natur und Menschen

Wie bunt und vielfältig Berlin tatsächlich ist, zeigt sich alljährlich beim Karneval der Kulturen. Für viele Gruppen ist es eine Möglichkeit, die eigene Kunst und Musik einem breiteren Publikum vorzustellen. Auf dem großen Fest am Blücherplatz nutzten - unter der Schirmherrschaft von Mittes Bezirksbürgermeister Christian Hanke - auch Künstler aus Dersim die Gelegenheit, sich und ihre Anliegen zu präsentieren.

Dersim findet sich nicht auf jeder Landkarte. Seit Mitte der dreißiger Jahre des vergangenen Jahrhunderts heißt die Provinz in Ost-Anatolien mit der gleichnamigen Hauptstadt offiziell Tunceli. 1937/38 kämpfte das türkische Militär blutig den Aufstand der dort lebenden Zaza nieder. Mindestens zehn Prozent der überwiegend dem alevitischen Glauben angehörenden Bevölkerung starb, viele Menschen wurden aus ihren Städten und Dörfern vertrieben. Aber die Kultur der Zaza mit ihrer gleichnamigen Sprache, die zum iranischen Zweig der indogermanischen Sprachen gehört, lebt weiter. In Deutschland gibt es schätzungsweise 150.000 bis 200.000 Zazas.

Bis zu 35.000 von ihnen leben in Berlin, so der SPD-Bezirksverordnete Sinan



Mitte Bezirksbürgermeister Christian Hanke und der Bezirksverordnete Sinan Şenyurt beim Karneval der Kulturen. Foto: Horb

Şenyurt (25) dessen Eltern aus der Gegend um Dersim stammen. Er selbst ist in Berlin aufgewachsen, ist seit neun Jahren politisch aktiv, seit 2006 in der BVV Mitte. Von den Grünen wechselte er im vergangenen Jahr zur SPD, wo er sich besser aufgehoben fühlt. Und wo er die Arbeit von Bezirksbürgermeister Christian Hanke schätzt, der sich sehr kenntnisreich und differenziert um die verschiedenen Gruppen im Bezirk kümmere. Denn Glaube und regionale Herkunft führen zu großen Unterschieden.

Gerade die Aleviten, bei denen Frauen gleiche Rechte hätten und die interessiert an guter Bildung seien, seien offen für die sozialdemokratische Idee, sagt Sinan Şenyurt.

Beim Karneval der Kulturen präsentierten Künstler und Musiker aus Dersim Volkslieder, Tänze und Bilder. Gesammelt wurden aber auch Unterschriften gegen die zahlreichen Staudammprojekte, die von der türkischen Regierung im Munzur-Nationalpark geplant sind. Sie zerstören nicht nur die Natur, fürchtet Sinan Şenyurt, sie führen auch zu einer weiteren Vertreibung der Menschen. Viele ältere Menschen in der Dersim-Region könnten gar kein Türkisch, sie würden in die sprachliche und kulturelle Isolation getrieben. Zusammen mit der Föderation der Dersim-Gemeinden möchte Sinan Şenyurt hier für Öffentlichkeit und Aufklärung sorgen.

Er selbst lernt jetzt die vom Aussterben bedrohte Zaza-Sprache. Dass in der BVV Mitte unter Schirmherrschaft des BVV-Vorstehers Uli Davids Anfang Mai - zum Jahrestag des Beginns der türkischen Militäraktion in Dersim - die Erinnerung an Völkermord und Vertreibung auf die Tagesordnung kam, hält er für einen wichtigen Schritt. **U.H. □**

„Wir machen die Bahn frei“

Aktionsbündnis wirbt mit Usedomer Brückenfest für schnelle Anbindung an Berlin

An den Pfingsttagen hat das Aktionsbündnis Eisenbahnverbindung Berlin-Swinoujscie/Usedom mit etwa 40 Berlinerinnen und Berlinern sowie und den Bürgermeistern der künftigen Bahnstationen der wiederherzustellenden Eisenbahnlinie die Aktion „Wir machen die Bahn frei!“ durchgeführt. Es handelt sich um die Bahnstationen Ducherow, Stadt Usedom, Swinemünde/Swinoujscie, Seebad Heringsdorf.

Um das Projekt in der Region, das heißt auf der deutschen und auf der polnischen Seite der Insel Usedom noch stärker in das Bewusstsein der Menschen zu bringen, veranstaltete das neue Aktionsbündnis sowohl in Karnin/Usedom als auch in Swinoujscie das 1. Usedomer Brückenfest. In Swinoujscie waren einige tausend Menschen begeistert dabei. Der „rote Faden“ der Programm-Moderation war die Vision einer schnellen Anbindung der Swinemünder (40.000 Einwohner) an Berlin. Etwa 1.000 Berliner Mini-Bären und Berlin-Broschüren in polnischer Sprache brachte der Berliner Tourismusverband unter die be-



Das Aktionsbündnis Eisenbahnverbindung Berlin-Swinoujscie/Usedom im Einsatz. Foto: Jikeli

geisterten Swinemündern. Ebenso wie die Berliner die schnelle Bahnverbindung nach Usedom an die Ostsee wiederhergestellt haben möchten, sehnt sich auch die deutsch-polnische Insel nach einer Bahnanbindung in die alte und neue Metropole Berlin in weniger als zwei Stunden!

Seit der Zerstörung der Karniner Brücke 1945 warten die Berliner und Brandenburger sowie die Insel Usedom auf die Wiederherstellung der traditionsreichen kürzesten Eisenbahnverbindung zwischen Berlin und der Insel Usedom. Die Trasse wurde über 65 Jahre lang für einen Wiederaufbau frei gehalten. Es handelt sich um eine Strecke von ca. 35 km, zwischen Ducherow bei Anklam und Swinoujscie/Swinemünde. Die Stadtregierung von Swinoujscie hat auf der polnischen Seite der Insel Usedom bereits eine neue Trasse geplant (da ein Teil der ursprünglichen zwischenzeitlich überbaut worden war), so dass die gesamte Trasse von Berlin bis zur Ostsee für einen Wiederaufbau der alten leistungsfähigen Direktverbindung in Kürze verfügbar ist.

Dr. Günter Jikeli □

Studie:

Kopfpauschale: Röslers Belastungsprobe

Böckler-Stiftung: Sozialausgleich würde hohe Verwaltungskosten verursachen

Täglich tauchen neue Varianten einer Kopfpauschale im Gesundheitswesen auf. Waren zunächst monatliche Zusatzprämien zum Krankenkassenbeitrag in Höhe von 15 bis 30 Euro mit Sozialausgleich für Geringverdiener im Gespräch, plant Bundesgesundheitsminister Rösler jetzt offenbar die Durchsetzung einer Kopfpauschale von 30 Euro als Einstieg - zusätzlich zu gestaffelten Krankenkassenbeiträgen. Künftige Kostensteigerungen dürften bei diesem Modell allein über die Pauschale aufgefangen werden. Ein Sozialausgleich aus Steuergeldern wird allerdings immer unwahrscheinlicher, da Gelder dafür nicht mehr zur Verfügung stehen.

Gesundheitsforscher des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI), der Hochschule Fulda und des Instituts für Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie (IGKE) der Universität zu Köln haben jetzt neue Untersuchungen vorgestellt. Ihr Ergebnis: Wenn eine Pauschalprämie in der Krankenversicherung eingeführt würde, müssten viele Arbeitnehmer mehr zahlen. Ein Sozialausgleich über Steuern wäre sehr kompliziert und teuer. Allein die nötige neue Bürokratie würde mindestens 250 Millionen Euro im Jahr kosten. Nennenswerte Impulse für mehr Effizienz oder Qualität im Gesundheitswesen bringt eine Kopfpauschale nicht.

„In überschaubaren Schritten“, so will die Bundesregierung eine Pauschalprämie in der Krankenversicherung einführen. Wie groß der erste Schritt ausfällt, dafür gibt es bislang nur Anhaltspunkte: Im März war von 29 Euro pro Monat die Rede. Neue Berechnungen des IGKE zeigen: Schon diese „kleine“ Kopfpauschale würde Menschen mit geringerem und mittlerem Einkommen deutlich stärker belasten - auch wenn im Gegenzug der Arbeitnehmer-Zusatzbeitrag von 0,9 Prozent des Lohnes entfiel. Für Versicherte, die 1.000 Euro brutto im Monat verdienen, stiege der Gesamtbeitrag zur Krankenversicherung beispielsweise um monatlich 20 Euro. Das entspricht rechnerisch einer Erhöhung des Beitragssatzes von heute 14,9 auf 16,9 Prozent, kalkuliert IGKE-Direktor PD Dr. Markus Lungen. Erst ab einem Monatsbrutto um die 3.500 Euro brächte die Kopfpauschale eine finanzielle Entlastung, die mit steigendem Einkommen bis zur Bemessungsgrenze wächst.

Und auf Dauer würde es wohl nicht beim ersten Schritt bleiben. „Auch die kleine

Belastung für kleine Einkommen

Wie sich eine Kopfpauschale von 29 € auf die Höhe der Krankenversicherungsbeiträge auswirkt

Einkommen	bisheriger Beitrag 14,9%	neuer Beitrag 14,0% + 29 €	neuer Beitrag entspricht
1.000 €	149 €	169 €	16,9%
1.500 €	223 €	239 €	15,9%
2.000 €	298 €	309 €	15,5%
2.500 €	372 €	379 €	15,2%
3.000 €	447 €	449 €	15,0%
3.500 €	521 €	519 €	14,8%

vorläufige, erste Berechnung; noch kleinere Abweichungen möglich
Quelle: Lungen, Büscher 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

Grafik: Hans-Böckler-Stiftung

Pauschale wird schnell groß“, erläutern Prof. Dr. Stefan Greß und Dr. Simone Leiber ein Ergebnis der Forschung zu Kopfpauschalen in den Niederlanden und der Schweiz. Der Gesundheitsökonom an der Hochschule Fulda und die Gesundheitsexpertin des WSI skizzieren einen „schleichenden Systemwechsel“: Wenn die Bundesregierung ihre Absicht umsetzen würde, die Beiträge der Arbeitgeber zur Krankenversicherung einzufrieren, müsste der Anteil der Arbeitnehmer steigen, um die Kosten des medizinischen Fortschritts und der demografischen Entwicklung zu tragen. Es liegt nahe, dass dazu die Pauschale erhöht würde. Und zwar in deutlich spürbaren Schritten, rechnen Greß und Leiber vor: Mit jeder Milliarde Euro, um die sich die Gesundheitsausgaben erhöhen, stiege die Pauschale bei rund 50 Millionen gesetzlich Versicherten um 20 Euro pro Kopf und Jahr. Zur Einordnung: Zwischen 2007 und 2010 sind die Ausgaben der gesetzlichen Kassen um rund 20 Milliarden Euro gewachsen.

Befürworter der Pauschalprämie versprechen, Mehrbelastungen durch Zahlungen an die Versicherten auszugleichen. Das Geld dafür soll aus Steuermitteln kommen. Doch bislang gibt es in Deutschland keine Institution, die solch einen Ausgleich organisieren könnte. Weder Finanzbehörden noch Krankenkassen oder Kommunen wären dazu in der Lage, konstatieren Greß und Leiber. Auf Basis der niederländischen Erfahrungen schätzen sie allein die laufenden Kosten für die administrative Abwicklung des Sozialausgleichs auf mindestens 250 Millionen Euro pro Jahr. Diese Kalkulation sei „konservativ“, weil die niederländischen Finanzbehörden, anders als die deutschen, schon vor Einführung der Pauschale Erfahrung mit der Erhebung von Krankenkassenbeiträgen hatten, betonten die Wissenschaftler. Und Einmalausgaben für den Aufbau der Verwaltung sind in der Schät-

zung noch nicht einmal enthalten. Weitere gravierende Probleme prognostizieren die Fachleute beim Datenschutz und mit säumigen Prämienzahlern. Denn in den Nachbarländern ist zu beobachten, dass mit der Höhe der Pauschale auch die Zahl der Nichtzahler wächst.

Darüber hinaus spreche auch ein grundsätzlicher Aspekt gegen die Kopfpauschale mit Solidarausgleich: Sie bricht mit dem bewährten Versicherungsprinzip in der Gesundheitsversorgung: Zahlreiche Patienten, die sich heute als Versicherungsnehmer betrachten können, würden zu Empfängern einer steuerfinanzierten Fürsorgeleistung und müssten sich auf „Bedürftigkeit“ prüfen lassen. „Dies geht in der Regel einher mit Problemen wie Angst vor Stigmatisierung und Scham vor der Inanspruchnahme“, beobachten Simone Leiber und Stefan Greß. Betroffen wären große Teile der Bevölkerung, wie der Blick in die Niederlande zeigt. Dort empfangen 2008 etwa 70 Prozent aller Haushalte einen „Gesundheitszuschuss“.

Zudem wäre das Gesundheitssystem bei Einführung einer Kopfpauschale mehr denn je von einem fachfremden Akteur abhängig: dem Finanzminister. Wie reagiert der auf steigende Ausgaben? Erfahrungen insbesondere aus den Niederlanden deuten auf wachsende Konflikte hin: Dort „werden derzeit eine drastische Ausweitung der Selbstbeteiligungen von 150 Euro auf 750 Euro pro Jahr und eine Reduzierung des Leistungskatalogs diskutiert“.

Fazit der Forscher: Der Einstieg in ein Pauschalprämiensystem brächte massive Probleme. Dagegen seien die angeblichen positiven Wirkungen, mit denen Befürworter eines Systemwechsels argumentieren, meist zweifelhaft. In Ländern, die bereits eine Kopfpauschale haben, beobachten Greß und Leiber keine substanziell größere Nachhaltigkeit der Gesundheitsfinanzierung. Auch das in der deutschen Debatte vorgebrachte Argument, eine Abkopplung der Gesundheits- von den Arbeitskosten könne für mehr Beschäftigung sorgen, spiele „in den Niederlanden und der Schweiz keinerlei Rolle“. Und für mehr Effizienz und Qualität bringe die Kopfpauschale keine nennenswerten Impulse, so die Gesundheitsforscher von WSI und Hochschule Fulda. Viel wichtiger sei es, den Krankenkassen mehr Möglichkeiten einzuräumen, ihre Verträge selektiv mit guten Leistungserbringern, wie etwa Ärzten, abzuschließen - und die überkommene Trennung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung aufzuheben. **PM** □

Ortsvereinsbefragung:

Nicht unbedingt kontaktfreudig

Astrid Klug: Die SPD muss wieder Mitmach-Partei werden

„Wenn wir als politische Partei unseren Auftrag zur Willensbildung ernsthaft erfüllen wollen, dann müssen wir Menschen viel früher einladen, mit uns zu diskutieren, mit uns zu handeln“, stellt SPD-Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug in einer ersten Bewertung der Ortsvereinsbefragung fest, die die SPD in den vergangenen Wochen durchgeführt hat.

Nach der Wahlniederlage des vergangenen Jahres hat die SPD erstmals in ihrer fast 150-jährigen Geschichte eine Befragung aller SPD-Ortsvereine (Abteilungen) durchgeführt. Mitte März wurden die Fragebögen verschickt, bis Mitte Mai sandten rund 44 Prozent der Ortsvereine ihre Antworten zurück - eine gute Quote, zu der auch die Berliner Abteilungen beigetragen haben.

„Mit dieser Befragung haben wir die Debatte um die Erneuerung der SPD zu einem Thema in der Gesamtpartei gemacht“, so Astrid Klug. Bei zum Teil vorgabefreien Fragen konnten wichtige Zukunftsthemen oder auch die Ursachen des Bundestagswahlergebnisses benannt werden. Zugleich geben die Antworten Hinweise auf die Arbeitsweise und die Verankerung der SPD vor Ort.

„Hartz IV“ und die „Rente mit 67“ werden als dominierende Gründe für die Wahlniederlage genannt, „das Verhältnis zur Linken“, die „Rolle der SPD in der Großen Koalition“, „Fehlende Glaubwürdigkeit der SPD“, auch „Entfremdung der Partei von Mitgliedern und Bevölkerung“ tauchen häufig auf. Auf die Frage, was besonders positiv im Wahlkampf gewesen sei, kommt als häufigste Antwort: „Nichts“. Negativ fiel den Ortsvereinen die „fehlende Mobilisierung“ auf.

Bei den Zukunftsthemen scheint die SPD derzeit richtig liegen. Es sind Politikfelder, die auch in den Zukunftswerkstätten und aktuellen Kampagnen angesprochen werden: Gute Arbeit, Regeln für die Finanzmärkte, Bildung, Stärkung der Finanzkraft der Kommunen, ein solidarisches Gesundheitssystem.

Die Partei will einbezogen werden. Mitgliederentscheide werden von 54 Prozent als Instrumente der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung gewünscht. Nichtmitglieder sollen sich zwar an Befragungen zu inhaltlichen Positionen beteiligen können, entscheiden sollen aber die Mitglieder. Auch bei der Auswahl von Kandidatinnen und Kandidaten für öffentliche Ämter sagen 66 Prozent Nein zur Betei-

lung von Nicht-Mitgliedern. Nicht gerade kontaktfreudig zeigen sich die Ortsvereine in der Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden. Nur 13 Prozent haben regelmäßige Kontakte zu Sportvereinen (41 % gelegentlich, 42 % nie), nur 11 Prozent zum Kulturbereich (39 gelegentlich, 45 % nie), 12 Prozent zu Sozialverbänden (37 % gelegentlich, 47 % nie). Mit Kirchen arbeiten 53 Prozent nie zusammen, mit Gewerkschaften 58 % nie, mit Umweltschutzverbänden haben 61 % keine Verbindung. Die Kontakte beschränken sich zumeist auf Gespräche, gemeinsame Veranstaltungen sind eher die Ausnahme.

„Volkspartei zu sein“, so Astrid Klug in ihrer Analyse, „entscheidet sich nicht in erster Linie anhand der Themenvielfalt, sondern anhand der Offenheit, der Aufmerksamkeit und der Unterstützung die eine Partei und ihre Politik aus unterschiedlichen Lebenswelten und sozialen Erfahrungszusammenhängen bekommt. Dabei reicht es nicht nur, Wahlkampagnen auf der Höhe der Zeit zu führen. Auch nach und zwischen Wahlkämpfen müssen wir den Weg zu den Menschen finden.“

Eine detaillierte Auswertung der Ergebnisse auf Ebene der Landesverbände erfolgt in den kommenden Wochen. **BS □**

Positionen:

„Vielleicht auch mal zusammen ein Bier trinken“

Heinz Beinert über die Koalitionsdebatte in NRW

Die Demokratie ist keine konstante Größe, ihr Zustand ist abhängig von vielen Faktoren - von der Integrität der politischen Klasse und ihrer Verbundenheit mit den Menschen, der Sicherheit oder Instabilität der Wirtschaft und der Staatsfinanzen, von Kriegs- oder Friedenspolitik, um nur die wichtigsten Aspekte zu benennen.

Zieht man eine Bilanz vom Ende der 1980er Jahre bis heute, fällt sie eher negativ aus. Natürlich hat jeder seine eigenen Erfahrungen, aber politische Umfragen und wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen einen allgemeinen Abwärtstrend. Insgesamt ist damit eine latente Beschädigung der demokratischen Grundrechte verbunden. Die Unzufriedenheit der Menschen mit diesen Verhältnissen drückt sich auch in der sinkenden Teilnahme bei Wahlen aus - wie jetzt auch in Nordrhein-Westfalen.

Als am Wahlabend die Spitzen der SPD zur Kenntnis nehmen mussten, dass in den

NRW-Landtag mit der Linken eine fünfte Partei einziehen würde; war wohl guter Rat teuer. Klar war, das es für eine rot-grüne Koalition nicht reicht. Und für ein Dreierbündnis mit der Linken galt die Parole, die sei nicht regierungsfähig.

Um nicht in den Verdacht des Antikommunismus zu geraten, verabredete die Spitzenkandidatin Hannelore Kraft mit der Grünenfraktionsvorsitzenden, ein Gespräch mit der Linken zu führen. Dies fand dann wohl eher wie eine Sitzung des McCarthy-Ausschusses statt. Thema waren nicht Programmpunkte der Linken für eine Koalition. Die rot-grünen Gesprächsführer klagten die Linken an, sich nicht eindeutig genug von der DDR-Diktatur distanziert zu haben - was so gar nicht stimmte. Dieser Legimitationsrummel ist für mich ein Tiefpunkt des Parlamentarismus.

Das „Neue Deutschland“ hatte schon in seiner Ausgabe vom 22./23. Mai in einer Glosse u.a. notiert: „Aufatmen an Rhein und Ruhr, die SPD-Vorsitzende Hannelore

Kraft hat in letzter Minute doch noch verhindert, dass Nordrhein-Westfalen kommunistisch wird, die Rote Armee vor der Düsseldorfer Staatskanzlei Stellung bezieht und in den Kindertagesstätten und Schulen nur noch russisch gesprochen werden darf.“

Vielleicht kann man mit solchen Glossen den SPD-Köpfen ja doch noch den Antikommunismus austreiben, den schon Thomas Mann töricht fand. Aber den NRW-Bürgern ist zu wünschen, dass die Genossin Kraft, wenn sich der Qualm der Wahlschlacht verzogen hat, wieder festen Boden unter den Füßen bekommt, mit sozialdemokratischem Mut die Interessen des NRW-Wahlvolkes im Parlament vertritt, sei es aus der Opposition heraus, die mir lieber wäre als eine Kungel-Regierung mit den Gelben oder Schwarzen auf Kosten gesellschaftlichen Rückschritts. Und vielleicht sollte sie auch mal ein Bier trinken gehen mit Herrn Zimmermann von der Linkspartei. **Heinz Beinert □**

Politik:

Wer sorgt für den Kurswechsel?

Berthold Huber: Politik darf ihre Handlungsspielräume nicht länger leugnen

Politische Schnittmengen gibt es wohl einige in den Programmen von SPD, Grünen und Linkspartei. Gemeinsames politisches Handeln allerdings entsteht daraus nicht, erst recht kein breit getragener Gegenentwurf zum schwarz-gelben Politikansatz und zum marktradikalen Mainstream. Jetzt kommt aus den Gewerkschaften der Ruf nach einem „Kurswechsel für Deutschland“, erhoben vom Vorsitzenden der IG Metall Berthold Huber. Eine neue, bessere und gerechtere Sozial- und Wirtschaftsordnung fordert er. Sein Ziel beschreibt er in einem Essay, der zusammen mit acht zum Teil eher kritischen Antworten und Ergänzungen jetzt in Buchform erschienen ist.

Die Finanzkrise war absehbare Folge jahrelanger Fehlentwicklungen, aber sie bedeutet nach Hubers Einschätzung keinesfalls das Ende solcher politischen Irrwege. Und auch die bisherigen Rettungsversuche mit zaghafter Marktregulierung und Verstaatlichung führen nicht automatisch zu einem besseren Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. „Über diese Maßnahmen hinaus bedarf es einer grundlegend neuen Politik, denn diese Krise ist keine gewöhnlich, zyklische Erscheinung, sondern eine Zeitenwende“, stellt Huber fest.

Statt kleinerer Anpassungen müsse es um den Einstieg in eine Gesellschaft gehen, „die von mehr Mitbestimmung eines jeden Einzelnen in den Betrieben, einer demokratischen, ökologischen und nachhaltigen Wirtschaftsordnung, einer gerechten Verteilung des Wohlstands und einem ebenso leistungsfähigen wie solidarischen Sozialstaat bestimmt ist“.

Modellen wie dem bedingungslosen Grundeinkommen erteilt Huber allerdings eine Absage, sie entsprechen nicht dem Leistungsgedanken, den der Gewerkschaftsvorsitzende für eine wichtige Grundlage hält. Und den er - etwa bei Mindestlohn und Arbeitslosengeld 1 - auch als Argument für seine Forderung nach mehr Gerechtigkeit nutzt.

Die immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich allerdings muss beseitigt werden, die Fehlentwicklung der Märkte, der Blick auf kurzfristige Gewinne. Huber macht sich ausdrücklich auch einen Kohlschen Begriff zu eigen, wenn er jetzt eine „geistig-moralische Wende“ fordert.

Dabei beruft sich der IG-Metall-Vorsitzende auf einige grundlegende, aber durchaus unterschiedliche Traditionslinien: „Die Werte der IG Metall und aller Gewerkschaften wurzeln in der sozialisti-



Berthold Huber (Hg.), Kurswechsel für Deutschland, mit Texten von Martin Baethge, Colin Crouch, Erhard Eppler, Heiner Flassbeck, Stephan Lessenich, Burkhard Lutz, Heribert Prantl, Günther Schmid, Michael Schumann, Wolfgang Streeck und Günter Verheugen, Frankfurt 2010, 255 Seiten, Euro 24,90, ISBN-10:3-593-39104-X.

schen Arbeiterbewegung, der christlichen Soziallehre, in Kämpfen der Bürgerrechtler und denen der sozialen Bewegungen: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit ebenso wie Anerkennung, Respekt und Würde.“ Auf dieser Grundlage soll der Kurswechsel erfolgen. Freiheit bedürfe dabei stets auch einer materiellen Absicherung, merkt der Gewerkschafter an.

Huber will den Kampf um die Meinungsführerschaft in der Gesellschaft aufnehmen. Um Meinungsführerschaft wirklich zu übernehmen, muss allerdings die Alternative klar herausgearbeitet sein. Ist es ein Kapitalismus mit mehr - und besseren - Regeln? Eine Marktwirtschaft, die noch etwas sozialer auftritt? „Es geht mir um eine soziale marktwirtschaftliche Demokratie und nicht nur um eine soziale demokratische Marktwirtschaft“, lautet Hubers Antwort.

Entsprechend setzt er für Veränderungen auf die Zivilgesellschaft, deren wichtiger Teil die Gewerkschaften sind, auf Beteiligung und Mitwirkung, auf die bewusste Entscheidung von Konsumenten. „Marktradikale verwüsten Gesellschaften“, sagt Huber. Wie aber hat sich ihr Denken so durchsetzen können, dass in der Politik, aber auch in der Wirtschaftswissenschaft kaum noch Alternativen erkennbar waren?

Haben nicht auch die Gewerkschaften als Frühwarnsystem versagt? Und wie lässt sich sicherstellen, dass künftig für die Gesellschaft schädliche oder unerwünschte Entwicklungen rechtzeitig erkannt und verhindert werden, wenn die Kraft der Gewerkschaften nicht einmal in allen Branchen ausreicht, Mindestlöhne zu sichern?

Und wie können unter solchen Bedingungen Mehrheiten für einen Kurswechsel erreicht werden, der selbst Gewerkschaftsmitglieder vor schwierige Veränderungen stellt? Denn Huber geht es auch um eine aktive Industriepolitik, um Nachhaltigkeit und damit auch um einen notwendigen - wenn auch sozial abgefederten - Strukturwandel.

Tatsächlich könnte sowohl Hubers Analyse der aktuellen Missstände wie auch seine Zukunftsbeschreibung Unterstützung aus unterschiedlichen politischen Lagern erhalten. Ein Weg zur Umsetzung des Kurswechsels erschließt sich damit noch nicht. Michael Schumann greift in seinem Aufsatz die Frage danach auf: „Werden neue Mehrheiten in den Parlamenten angestrebt? Welche Rolle spielen Demonstrationen und Streiks, das heißt Massenmobilisierung auf der Straße und in den Betrieben?“ Schumann entwickelt allerdings auch den Mitbestimmungsgedanken weiter und fordert mehr Selbstvertretung, „die Demokratisierung von unten“ zur Erreichung der Ziele.

Der frühere EU-Kommissar Günter Verheugen beschäftigt sich in seinem Aufsatz mit der Schaffung stabiler Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Er plädiert für den „Umbau der europäischen Volkswirtschaft hin zur wissensbasierten Wirtschaft“ mit mehr Investitionen in Bildung. Während Verheugen ähnlich wie Huber auf eine „soziale Marktwirtschaft mit hohem innovativen Anspruch“ und „weitsichtige Unternehmer“ setzt, stellt Stephan Lessenich in seinem Beitrag die Frage, ob eine Regulierung des Kapitalismus überhaupt möglich ist. „Was uneingeschränkt sympathisch klingt - die Utopie einer Gesellschaftsordnung jenseits des Denk- und Handlungszwangs der Kapitallogik - bedürfte politisch einer entschlossenen, offen antikapitalistischen Strategie.“ Hubers Papier bleibe dahinter jedoch „ebenso entschieden wie ausdrücklich zurück“.

Auch wenn das Buch selbst die Lösung nicht bieten kann - es liefert mit seinen unterschiedlichen Sichtweisen Stoff für viele weitere Diskussionen. Huber hat allerdings recht, wenn er sagt: Sie müssen schnell geführt werden. **Ulrich Horb** □

Immer ein Kämpfer

Erich Pätzold feiert seinen 80. Geburtstag - Eine Würdigung von Hans Nisblé

Am 8. Juni begeht ein ‚Urgestein‘ der Berliner Sozialdemokraten seinen 80. Geburtstag. Die Berliner SPD gratuliert Erich Pätzold dazu ganz herzlich! Doch nicht nur zum runden Geburtstag können wir gratulieren, sondern auch zur 60-jährigen Mitgliedschaft in der SPD!

Um den Werdegang und die Lebensstationen Erich Pätzolds in allen Details zu beschreiben, würde man unendlich viele Zeilen benötigen. Daher sollen an dieser Stelle auch nur die allerwichtigsten Eckdaten seiner politischen Laufbahn genannt werden.

Nach einem berufs begleitenden Studium der Staats-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und dem Diplom-Abschluss 1957 wurde Erich Pätzold zunächst Verwaltungsassessor, 1959 Regierungsrat und drei Jahre später Oberregierungsrat. In den Jahren 1963 und 1964 war er Bezirksverordneter und Fraktionsvorsitzender der SPD in Wedding, und man könnte sagen dass er in einer Art Blitzkarriere 1964 Bezirksstadtrat für Finanzen wurde. Diese Aufgabe nahm er sechs Jahre wahr, um im Anschluss Senatsdirektor (heute würde man sagen: Staatssekretär) der Senatsverwaltung für Finanzen zu werden.

MIT GROSSER LEIDENSCHAFT

Von 1973 bis 1981 war Erich Pätzold dann Senator für Gesundheit und Umweltschutz und stellvertretendes Mitglied im Bunderrat. In den Jahren 1989 bis 1991 rief der damalige Regierende Bürgermeister Walter Momper ihn erneut in den Senat, um ihm



Erich Pätzold.

Foto: Archiv Nisblé

das Amt des Senators für Inneres zu übertragen. Es war insbesondere Erich Pätzolds Aufgabe, die Verwaltungsreform voranzutreiben - eine Aufgabe, die er mit Leidenschaft wahrnahm, denn er war immer ein Verfechter dieser Reform. Im Jahr 1971 wurde Erich Pätzold Kreisvorsitzender der Weddinger SPD. Er nahm diese anspruchsvolle Aufgabe bis 1986 wahr - eine lange Zeit, in der er in besonderer Weise die Weddinger als auch die Berliner Sozialdemokratie geprägt hat. Außerdem war er von 1967 bis 1984 Mitglied des Landesvorstandes - ebenfalls eine sehr lange Zeit, gemessen an der heutigen Politik.

Erich Pätzold hat den größten Teil seines Lebens in den Dienst der Sozialdemokratie gestellt. Dabei hat er im positiven Sinne alle preußischen Tugenden in sich vereint. Mit großer Leidenschaft und enormem Pflichtbewusstsein hat er alle seine Aufgaben ausgeführt, die er jeweils für die Partei und den Staat übernommen hat. Er war immer ein Kämpfer, der mit Beharrlichkeit und großer Einsatzbereitschaft seine politischen Ziele verfolgt hat. Von ihm konnte die Berliner SPD lernen, immer die Sache im Vordergrund zu sehen und nicht sich selbst. Erich Pätzold hat nie die Verantwortung für das Ganze aus den Augen verloren und war dabei immer unbestechlich. Besondere Ehrungen und Auszeichnungen hat er stets abgelehnt - die Hamburger Bescheidenheit war ihm in diesem Zusammenhang ein Vorbild.

Besonders in den letzten Jahren seiner aktiven politischen Arbeit hat Erich Pätzold die SPD besonders für junge Leute und ‚kritische Köpfe‘ geöffnet und sich so auch den gesellschaftlichen Veränderungen angepasst. Ähnlich wie Erika Heß war auch er ein Politiker, der tief in seinen Bezirk eintauchte, sich die Sorgen und Anliegen der Menschen anhörte, ihnen aber nicht nach dem Mund redete.

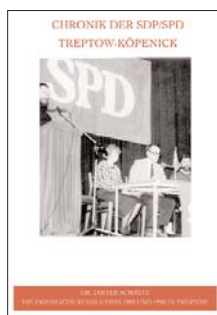
Zu seinem 80. Geburtstag wünschen wir Erich Pätzold vor allem Gesundheit, Zufriedenheit und Glück in allen Lebenslagen. Ein herzliches ‚Glückauf‘ auf das Geburtstagskind! **Hans Nisblé, Weddinger Bezirksbürgermeister a. D. und Landesvorsitzender der Berliner AWO** □

Die friedliche Revolution in Treptow

SPD Treptow-Köpenick legt eine Chronik der Jahre 1989 und 1990 vor

Mit einer großformatigen Broschüre lässt die SPD Treptow-Köpenick die Jahre 1989/90 und die Gründung der SDP wieder lebendig werden. Der langjährige Treptower SPD-Kreisvorsitzende und frühere Bezirksstadtrat Dr. Dieter Schmitz hat zahlreiche persönliche Erinnerungen, Dokumente und Fotos zu einer Chronik zusammengetragen, die einen Schwerpunkt auf die Geschehnisse in Treptow legt.

Auf gut 40 Seiten werden die Gründung der SDP im Oktober 1989 und der darauf folgende Aufbau der Partei im Bezirk und den Ortsteilen beschrieben. Erinnert wird an die Besetzung des Zentralrechners der Stasi in Wuhlheide im Januar 1990, an die Formulierung eines kommunalpolitischen Programms für den Stadtbezirk und die Debatten in der Partei, zum Beispiel zur Auf-



nahme ehemaliger SED-Mitglieder. Aus Neukölln bekamen die Treptower Genossinnen und Genossen Bürotechnik und praktische Unterstützung. Am Runden Tisch setzte die inzwischen in SPD umbenannte Partei, soweit das überhaupt möglich war, einige ihrer Vorstellungen durch. Der Ruf nach Öffnung neuer Grenzübergänge aber scheiterte beispielsweise an der Sorge vor einer Zunahme des Verkehrs. Die SPD rief - „um einen weiteren Schritt in Richtung Normalität herzustellen“ - zu einer Demonstration auf.

Die Broschüre dokumentiert die erste

Vorstandswahlen, die Beteiligung am Berliner Bezirksparteitag, die Vorbereitungen der Volkskammerwahl und schließlich der Kommunalwahl, bei der der Sozialdemokrat Michael Brückner Stadtbezirksbürgermeister wurde. Die Chronik endet mit dem Zusammenschluss der SPD in Ost und West und der gemeinsamen Vorbereitung der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. Persönliche Erinnerungen von Gründungsmitgliedern runden das Bild ab.

Die Broschüre im A4-Format kann gegen Zusendung eines frankierten Rückumschlags (Großbrief, 1,45 Euro) und Beilage von Briefmarkenspenden in Höhe von 2,00 Euro bei der SPD-Treptow-Köpenick bestellt werden: Grünauer Straße 8, 12557 Berlin. Für eine Chronik der friedlichen Revolution in Köpenick werden noch Dokumente und persönliche Erinnerungen gesucht. **U.H.** □

Seine Leistungen bleiben unvergessen

Weißenseer SPD unterstützt Pläne, eine Straße nach Tino Schwierzina zu benennen

Am 30. Mai 1990 übernahm der Sozialdemokrat Tino Schwierzina an seinem 63. Geburtstag das Amt des Oberbürgermeisters von Ost-Berlin. Kurz zuvor - am 6. Mai - hatten die Bürgerinnen und Bürger ihn bei den ersten freien Wahlen in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Die SPD wurde in Ost-Berlin mit 34,9 Prozent stärkste politische Kraft.

Die Aufgabe von Tino Schwierzina und seinem Magistrat aus zehn Sozial- und fünf Christdemokraten war von Anfang an klar: Es galt, sich selbst überflüssig zu machen und die Stadt Berlin zu vereinen. In gemeinsamen Sitzungen mit dem West-Berliner Senat unter Führung von Walter Momper („Magi-Senat“) trieb man die innere Einheit der Stadt Berlin voran. Im Dezember 1990 fanden gemeinsame Wahlen statt.

Tino Schwierzina schied so im Januar 1991 aus dem Amt aus, in dem er sich in kürzester Zeit hohes Ansinnen und viele Sympathien erworben hatte. Als bürgerlicher Politiker blieb er dem Bezirk Weißensee



Tino-Antoni Schwierzina, geboren am 30. Mai 1927 als Sohn eines Arztes in Königshütte (heute Chorzów), Oberschlesien; gestorben am 29. Dezember 2003 in Berlin, war der letzte Oberbürgermeister von Ost-Berlin.

Foto: Horb

im Abgeordnetenhaus erhalten, dessen Vizepräsident er wurde. 1995 schied er aus und ging in den Ruhestand. Er wurde 1996

als Städtältester von Berlin ausgezeichnet.

1989 gehörte Schwierzina, der 1963 wegen „Beihilfe zur Republikflucht“ zu einer Bewährungsstrafe von sechs Monaten verurteilt worden war, zu den Gründungsmitgliedern der SDP. Im Bezirksverband Berlin übernahm er das Amt des Schatzmeisters. Das Engagement Tino Schwierzinas in der Nachwendzeit für die Demokratie war vorbildlich und ist deswegen so besonders, weil er aufgrund einer stark angegriffenen Gesundheit schon sehr frühzeitig gezwungen war, aus dem Erwerbsleben auszuscheiden.

Umso höher ist zu bewerten, dass er zu dieser Zeit solche Belastungen auf sich nahm. Am 29. Dezember 2003 ist Tino Schwierzina im Alter von 76 Jahren verstorben.

Seine Leistungen für Ost-Berlin und den Stadtbezirk Weißensee bleiben unvergessen. Die SPD Weißensee-City unterstützt deshalb nachdrücklich das Ansinnen, baldmöglichst eine Straße in Weißensee nach Tino Schwierzina zu benennen.

Dennis Buchner □

Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthalten

T ERMIN E

- SPD Berlin, **Berliner Ideenkonferenz:** Neue Industrialisierung - Nachhaltiges Arbeiten und Wirtschaften, Samstag, 5. Juni 2010, ab 10.00 Uhr, Ludwig-Erhard-Haus, Kant-Atrium, Fasanenstraße 85, 10623 Berlin
- SPD Dahlem, **27. Kommunalpolitischer Rundgang** durch das „Hüttenwegviertel“, Samstag, 5. Juni, 11 Uhr, U-Bhf Oskar-Helene-Heim. „**Deutsches Oxford - Deutsches Berkeley**“, Stadtrundgang mit Jacques Schwarz durch Dahlem, (Teilnehmerzahl begrenzt, Voranmeldung erforderlich unter www.spd-dahlem.de/; Teilnehmerbeitrag: 6,50 Euro pro Termin, beide zusammen 12,-), Samstag, 5. Juni, 14 Uhr, U-Bhf. Dahlem-Dorf
- SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Auf den Spuren der Juden in Steglitz-Mitte**, historischer Stadtrundgang mit Dieter Fitterling, Sonntag, 6. Juni, 11 Uhr, Treffpunkt: Spiegelwand Hermann-Ehlers-Platz, 12165 Berlin
- SPD Berlin, SPD-Stand beim Umweltfestival **Thema „Grüne Gentechnik**, Sonntag, 6. Juni ab 10.00 Uhr, Straße des 17. Juni zwischen Yitzhak-Rabin-Straße und Großer Stern, SPD Stand (Nr. 158) in der Nähe der Bühne 2 schräg gegenüber einer Hüpfburg aufgebaut.
- SPD Berlin, **Gemeinsames Radeln zum Umweltfestival**, Sonntag, 6. Juni um 12.20 Uhr, Treffpunkt in Neukölln am U-Bahnhof Grenzallee (U7).
- Wolfgang Thierse, MdB, **„(M)ein Volk“**, **Kanzelrede** im ev. Gottesdienst in der Reihe „Zusammen wachsen, Sonntag, 6. Juni, 10 Uhr, Zionskirche, Zionskirchplatz, 10119 Berlin
- Wolfgang Thierse, Grußwort zur Preisverleihung der Initiative **„Deutschland - Land der Ideen“**, Sonntag, 6. Juni, 11.15 Uhr, Zionskirche, Zionskirchplatz, 10119 Berlin
- SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Film „Let's make money“** anschließend Aussprache, Montag, 7. Juni, um 18.00 Uhr, BALI-Kino, Teltower Damm 33, 14169 Berlin
- SPD Dahlem, **„Spaniens Himmel breitet seine Sterne“**, Gedichte und Lieder aus dem spanischen Bürgerkrieg, mit Jascha Pampuch und Constanze Jaiser, 8. Juni, 20 Uhr, Herrenhaus Domäne Dahlem, Königin-Luise-Str. 49
- Fachausschuss Wirtschaft, Berliner Wirtschaftsgespräche e. V. und Frank Jahnke, **MdA Deutschlandplan für Berlin**, Vortrag: Der Deutschlandplan von Frank-Walter Steinmeier. Seine Methodik, seine Inhalte und seine Defizite - von Markus Klimmer. Diskussion mit Michael Müller, Barbara Loth, Rudolf Steinke, Dienstag, 8. Juni, um 19.00 Uhr, Berliner Abgeordnetenhaus, Raum 320, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin
- Berliner Basiskreis sozialdemokratischer Netzpolitik, Monatstreffen und **Entwicklungen zum Jugendmedienschutz-Staatsvertrag**, mit Frank Zimmermann, medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Dienstag, 8. Juni, ab 19.00 Uhr,

Café Weltgeist Dorotheenstr. 24

- Abteilung 71 - Charlottenburg- Nord, Abteilungsversammlung, Thema: **Der Kiez Mieterdorffplatz**, Gedankenaustausch mit dem Kiezverein, Dienstag, 8. Juni um 19:30 Uhr, AWO-Treff, Reichweindamm 6, 13627 Berlin
- ASJ, **Paradiesische Zeiten für Finanzjongleure und Spekulanten**, Stammtisch u.a. mit Sebastian Jacob, 9. Juni, 20.00 Uhr, Café Blisse 14, Blissestraße 14, 10713 Berlin
- SPD Bundestagsfraktion, Fraktion vor Ort: **Bürgerversicherung versus Kopfpauschale**, mit Karl Lauterbach, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, und Martin Matz, Bezirksstadtrat für Gesundheit und Soziales in Spandau., Mittwoch, 9. Juni, um 19.00 Uhr, Centrovital, Neuendorfer Str. 25/ Brauereihof 6, 13585 Berlin, nmeldungen unter Tel.-Nr.: 227 70 185
- Wolfgang Thierse, MdB, **Thierse trifft ... Dieter Glietsch**, Polizeipräsident in Berlin, Mittwoch, 9. Juni, um 19.30 Uhr, Soda-Salon in der Kulturbrauerei, Eingang Knaackstraße oder Sredzkistraße, 10435 Berlin-Prenzlauer Berg. Der Eintritt ist frei!
- SPD 6oplus, **Naturschutz und gesunde Umwelt**, Mittwoch, 9. Juni, um 14.00 Uhr, Stiftung BSW, Panoramastr. 1, 10178 Berlin
- SPD-Fraktion Berlin, **Moabiter Stadtteiltag mit Jutta Leder**, Mittwoch, 9. Juni. 10 Uhr Besichtigung des Moabiter Heizkraftwerks an der Putzitzbrücke. (begrenzte Platzangebot, Teilnahme nur mit Voranmeldung möglich. heizkraftwerk@jutta-leder.de, Tel.: 01520 / 106 73 28). 14.30 Uhr Arminius-Markthalle. Gespräch mit Händlern und Kunden. 16.00 Uhr Turmstraße. Besuch von Einzelhändlern. 17.30 Uhr Infostand Beusselstraße / Ecke Turmstraße (vor Rewe). 19.00 Uhr Kiezgespräch im Moabiter Stadtschloss (Rostocker Str. 32, 10553 Berlin). Bürgersprechstunde. Zu Gast: Philipp Steinberg, Finanz- und Wirtschaftsberater
- SPD Dahlem, **Zeitzeugengespräch mit Konrad Tybus**, der 1939 als jüdisches Kind nach England emigrieren mußte heute in Dahlem lebt, Mittwoch, 9. Juni, um 20 Uhr, Taylorstr. 6, Friedenszentrum Martin Niemöller, Pacelliallee 61, 14195 Berlin
- SPD Dahlem, **Kinderfest an der Taylorstraße**, große Hüpfburg, Zauberer, Buttonmaschine, Spiele, am Mittwoch, 9. Juni, 16 - 18 Uhr, Taylorstraße Nr. 6, 14195 Berlin
- SPD Berlin, **Zukunft statt Schwarz-Gelb. Mitgliederforum der SPD Berlin** mit Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Donnerstag, 10. Juni, 19.30 Uhr, Bayer Schering Pharma AG, Auditorium, Müllerstraße 178, 13353 Berlin, Anmeldung bitte bis 4. Juni unter: www.spd-berlin.de/mitgliederforum
- SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Dahlemer Kamingsgespräch: Südafrika vor der Fußball-Weltmeisterschaft**, mit Peter Senft, bis Januar 2010 Sozialattaché an der Deutschen. Botschaft in Johannesburg, Donnerstag, 10. Juni 2010, um 20.00 Uhr, Domäne

- Dahlem, Königin-Luise-Straße 49, 14195 Berlin
- FES. Jetzt geht's los: Die Fußball-WM in Südafrika. **Public-Viewing Südafrika-Mexiko**, anschließend Diskussion mit Dietrich Schulze-Marmeling, Fußballautor und -historiker, Eusebius McKaiser, Blogger und Kolumnist aus Südafrika, und Dr. Christian von Soest, Afrikaforscher, Freitag, 11. Juni 2010, Beginn 12.30 Uhr, FES, Hiroshimastr. 28, 10785 Berlin
- Schwusos, **Beteiligung am schwul-lesbischen Stadtfest** im Motzstraßenkiez und Infostand auf der „Politikmeile“ in der Eisenacher Straße, Samstag, 12. Juni und Sonntag, 13. Juni 2010, von 10.00 bis 22.00 Uhr, Motz-, Eisenacher-, Fugger- und Kalckreuthstrasse.
- SPD Spandau, **Armutsrisiko Kinder - Kinderarmut**, Gesprächsrunde mit Manuela Schwesig, stellv. SPD-Vorsitzende der und Ministerin für Soziales und Gesundheit in Mecklenburg-Vorpommern, und Swen Schulz, MdB, Montag, 14. Juni, 18.30 Uhr, Christian-Morgenstern-Grundschule, Räcknitzer Steig 12, 13593 Berlin. Anmeldungen unter Tel.-Nr.: 36 75 70 90.
- AFB Charlottenburg-Wilmersdorf, **Besuch der Gartenarbeitsschule Ilse Demme**, Mittwoch, 16. Juni, 15.30 bis 17.30 Uhr, Dillenburgstraße 57, 14199 Berlin. Bitte anmelden bei Angelika Hoffmann Tel. 324 37 64 Mail: ahmao3@gmx.de

S PRECHSTUNDEN

- **DR. EVA HÖGL**, Wahlkreisbüro, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder eva.hoegl@wk.bundestag.de. Nächster Termin: Mittwoch, 23. Juni 2010, von 15.30 Uhr bis 17.30 Uhr
- **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin., Bitte telefonisch anmelden unter Tel. 313 88 82 oder petra.merkel@wk.bundestag.de
- **MRECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin. erreichbar: Montag/Mittwoch/Freitag 10.30 bis 14.00 Uhr, Dienstag/Donnerstag 13.00 bis 18.00 Uhr, Sprechstunden nach Vereinbarung. Nächste Bürgersprechstunde für Tempelhof-Schöneberg am Freitag, 11. Juni 2010, von 15.00 bis 18.00 Uhr. Um Anmeldung wird gebeten unter: mrechthild.rawert@wk.bundestag.de oder Tel. 720 13 884
- **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, MdEP, Europabüro, Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911
- **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90.
- **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88 oder per Mail: wolfgang.thierse@wk.bundestag.de

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Einfach Lena

Marc Schulte und Martin Schmidtner bloggten aus Oslo

Ganz Deutschland ist seit Samstagnacht im Lena-Fieber. Die 19jährige aus Hannover hat es nach 28 Jahren geschafft, den Eurovision Song Contest wieder einmal für Deutschland zu gewinnen - mit dem neuen Mr. Eurovision Stefan Raab hinter sich, der in einer Zusammenarbeit zwischen ARD und Pro Sieben Lena zum deutschen Aushängeschild gemacht hat.

Die enorme Einschaltquote, die die ARD einfahren konnte beweist es: der Eurovision Song Contest ist wieder im Bewusstsein und in der Wertschätzung der deutschen Öffentlichkeit. Vergessen sind alle Theorien über Balkan-Connections, Kaukasus- oder Osteuropa Nachbarschafts-Wertungen. Denn Lena Meyer-Landrut hat geschafft, was lange für unmöglich gehalten wurde, sie hat für ihr „Satellite“ hohe Wertungen aus ganz Europa erhalten.

Bereits bei ihrem ersten Auftritt in Raabs Casting-Show „Unser Star für Oslo“ gewann sie mit ihrer Frechheit und Natürlichkeit die deutsche Öffentlichkeit - nun ist das Konzept auch europaweit aufgegangen - ihr unverkrampfte Auftreten ohne jegliche große Show und Inszenierung hat überzeugt. Jetzt will den bislang eher ungeliebten Song Contest plötzlich jeder haben: Hamburg als Sitz des austragenden NDRs, Köln als Heimatstadt von Stefan Raabs Produktionsfirma Brainpool, Hannover als Heimatstadt Lenas und auch München hat sich zu Wort gemeldet.

Im Januar hatte Stefan Raab auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der ARD im Berliner Reichstag den ESC zur „nationalen Aufgabe“ erklärt und als Austragungsort nach einem möglichen Sieg Deutschlands Berlin genannt - doch bereits Samstagnacht erklärte ARD-Unterhaltungschef Thomas Schreiber, dass eine gründliche Prüfung stattfinden müsse.

Für viele Fans der Eurovision im Ausland



Lena in Oslo - beobachtet auch von Martin Schmidtner und dem stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Marc Schulte, die von dort in ihrem Blog berichteten. Foto: Martin Schmidtner

ist Berlin nicht nur Synonym für Deutschland und beliebteste Reisestadt, sondern auch Synonym für die kreativste Musik-Szene des vereinten Deutschlands. Doch ein Song Contest kostet - eine Halle für mehr als 15.000 Menschen muss vier Wochen lang für Proben und Shows zur Verfügung stehen, ein Pressezentrum für tausende akkreditierte Fans und Journalisten zur Verfügung gestellt und die nötige Hotel-Kapazität geboten werden. Den hohen Ausgaben (in Norwegen waren es mehr als 30 Millionen Euro) steht der enorme, wenn auch nicht konkret messbare Image-Gewinn durch den ESC als größte Musikveranstaltung der Welt und größtes Medienereignis nach der Olympiade gegenüber - Berlin ist sicher gut beraten, wenn es diese Aufgabe stemmen würde.

Norwegen hat sich als Gastgeberland hervorragend präsentiert. Die Norweger sind begeisterte ESC-Fans - 8 von 10 Norwegern haben vergangenen Samstag den Fernseher zum ESC-Finale eingeschaltet. Die Messlatte liegt also hoch für Deutschland.

Martin Schmidtner □

► Blogbeiträge zum ESC unter www.vorwaerts.de/tags/esc

KULTURTIPPS

Afrikanische Vielfalt: Die Kunstausstellung zur WM 2010 wird am 15. Juni in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus eröffnet. Die Ausstellung „Afrikanische Vielfalt“ zeigt Arbeiten von drei in Deutschland wohnhaften Künstler/innen afrikanischer Herkunft und zwei Künstler/innen aus Kamerun. Der Verein Narud e. V. zeigt die Arbeiten in Kooperation mit dem Quartiersmanagement Sparrplatz und dem August Bebel Institut. Neben der bereits bekannten und meist mit Afrika in Verbindung gebrachten „alten Kunst“, den abstrakten Holzskulpturen und Masken, geht es bei dieser Ausstellung schwerpunktmäßig um zeitgenössische, moderne Malerei, die von den Traditionen Afrikas erzählt und sich mit aktuellen politischen wie auch mit umweltbezogenen Themen auseinandersetzt.

► Feierliche Eröffnung der Ausstellung durch Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke, Dienstag, 15. Juni, 19 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Geöffnet bis 10. Juli, Montag bis Freitag, 14 - 18 Uhr

KLUBSZENE. Unter dem Motto „Mehr Theater muss sein!“ zeigen 12 Berliner Jugendclubs beim Festival KLUBSZENE drei Tage lang, was sie können. Mit von der Partie ist auch die „Banda agita“, der Jugendclub des GRIPS Theaters, das mit seinen Räumen im GRIPS MITTE im Podewil der diesjährige Gastgeber ist. Vom 24. bis zum 26. Juni 2010 treffen sich die Jugendclubs von 12 großen Berliner Bühnen zur jährlichen Begegnung. Das Festival der Berliner Jugendclubs und Jugendtheaterwerkstätten an professionellen Theatern wurde von den dort tätigen Theaterpädagogen ins Leben gerufen, um den Theaterbegeisterten den Austausch zu ermöglichen. **BS** □

► 5. KLUBSZENE-FESTIVAL, Theater. Politik. Aktion. 24. - 26. Juni 2010, GRIPS MITTE, mehr Informationen: